Nr. 324 Nr. 4/2012 Preis: Euro 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft

ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

... Feindbild oder Chance?

Auswirkungen des Klimawandels

Frauen und ihre tragende Rolle

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/581 1327-18
E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: Margit Gruber
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Ludwig Rumetshofer, Florian Walter
Geschäftsleitung: DI Karin Okonkwo-Klampfer
Sekretariat: Daniela Wiebogen
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber wieder.
Einzelpreis: Euro 4,50
Jahresabonnement: INLAND Euro 25,–
AUSLAND Euro 29,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 32,– + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,–. Euro 3,– aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org;www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
35. JAHRGANG (2012)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Foto: Karl Bernhard

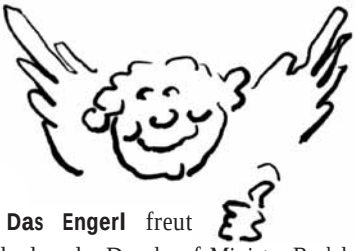
Als Vorgeschmack auf die nächste Ausgabe

Veränderungen stehen an – wir sind herausgefordert und wir reagieren recht unterschiedlich darauf: versinken in Endzeitstimmung, schöpfen Kraft aus dem Chaos, ersehnen einen Neubeginn. Zwei Mut machende Projekte, die sich zart wie ein Spinnennetz über unsere Erde spannen und uns doch tragen, sei es im oberösterreichischen Pregarten oder in den Andendörfern Boliviens, stellen wir in dieser Ausgabe vor.

Manchen Lesenden mag der Schwerpunkt „Ökologische Herausforderungen“ etwas zu dünn geraten erscheinen. Dünn ist er nicht, weil es so wenige davon gibt, sondern weil es auch noch andere Herausforderungen gibt, über die wir berichten wollen. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich für alle Beiträge.

Die fünfte und letzte Ausgabe der „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ in diesem Jahr widmet sich dem Thema „Bäuerin – zwischen Miststück und Madonna“. Der Redaktionsschluss ist der 10. November.

Goldene Spätherbsttage mit vielen glitzernden Tautropfen
wünschen euch *Eva, Irmi und Monika aus der Redaktion*



Das Engerl freut sich, dass der Druck auf Minister Berlakovich groß genug war, um ihn von seinem wahnwitzigen Vorhaben der E10-Beimischung vorläufig abzubringen. Trotz immer lauter werdender Bedenken (sogar auf EU-Ebene!) gegen die Beimischung von Ethanol zu Benzin, scheint Berlakovich regelmäßig zu vergessen, dass er auch dem Umweltministerium vorsteht. Diesmal konnte er die Interessen von Rübenbauern, Agrana und Co zum Glück nicht durchsetzen!

Das Teuferl geht diesmal an die österreichische Mainstream-Medienlandschaft. Über eine Studie über die Beteiligung der Raiffeisengruppe an Lebensmittelspekulation und Konzernen, die Landgrabbing betreiben, wollen/dürfen gewisse Medien nicht berichten. Dass dem Kurier da die Hände gebunden werden, war keine Überraschung. Dass aber auch der ORF einen Maulkorb bekommt, erschreckt uns schon – wie war das nochmal mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk? Die Studie gibt's übrigens auf der Homepage von Attac zum Runterladen. Zusätzlich ergeht ein Spezialteuferl an den Falter, der trotz seiner gepredigten Offenheit mit gerichtlichen Schritten drohte, weil im Rahmen der Wien-Woche eine dreitägige (!) Veranstaltung denselben Namen tragen hätte sollen, wie ein Falter-Restaurantführer. Die schon gedruckten Flyer, Plakate etc. mussten eingestampft und neu gemacht werden. Pfui!

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.

KOMMENTAR

VON CHRISTINE PICHLER-BRIX

GRÜNLANDBETRIEBE BITTE WARTEN!

Die derzeitige Förderperiode ist geprägt von einer krassen Benachteiligung der Grünlandbetriebe. Während Ackerbaubetriebe mit Stiermast (egal ob sie noch Stiere halten oder nicht!) Betriebsprämien bis zu 700 Euro pro Hektar kassieren, müssen sich Grünlandbäuerinnen und -bauern oft mit Hektarsätzen um die 50 Euro begnügen.

Der Arbeits- und Maschinenaufwand für mehrmähdige Wiesen steht dem Ackerbau um nichts nach. Grünland ist wichtig für die CO_2-Reduktion, für die Kulturlandschaft und den Tourismus. Unzählige Arbeitsplätze in den entlegenen Regionen hängen an den kleinen Hörndlbetrieben. Die Gleichstellung von Acker und Wiese ist daher eine längst fällige Maßnahme.

Der deutsche Bauernverbandspräsident Sonnleitner spricht in diesem Zusammenhang von einer Frage der Gerechtigkeit (Interview Blick ins Land, Jänner 2012). Dass die österreichischen Agrarpolitiker nicht von selbst nach dieser Gleichbehandlung der landwirtschaftlichen Betriebe streben, sondern es nur tun, weil es die Kommission verlangt, spricht für sich.

Leider dürfen sich aber Grünlandbetriebe in den kommenden Jahren nicht wirklich über gleiche Prämiensätze freuen (wenn der derzeitige Vorschlag umgesetzt wird). Der Minister spricht von sanften Übergängen und Planungssicherheit und verlangt Übergangsfristen bis 2019. Übersetzt heißt das: Jene, die viel bekommen haben, werden es auch in den nächsten Jahren bekommen, und die Grünlandbetriebe müssen nach langen Jahren der massiven Benachteiligung weiterhin mit wenig Geld aus Brüssel rechnen. Zynisch könnte man sagen: Die sind ja nichts anderes gewöhnt. Besonders die Mutterkuhbetriebe wird der geplante Wegfall der gekoppelten Prämien schwer treffen – hier hat der Minister aber keine sanfte Übergangsregelung vorgeschlagen! Die Auswirkungen dieses unsanften Verlusts der Mutterkuhprämie träfen immerhin ein Fünftel der österreichischen RinderhalterInnen.

Wie es aussieht, setzen unsere Agrarpolitiker alles daran, die Ungleichbehandlung der intensiven und extensiven Rindermast so lange wie nur möglich fortzuschreiben.

Es wundert mich wirklich sehr, dass es keinen Aufschrei gibt aus den vielen Grünlandregionen! Wo sind unsere VertreterInnen? Warum kämpfen sie nicht für die unzähligen Höfe in den Bergregionen? Wissen sie nicht, dass der Fortbestand vieler dieser Betriebe an einem seidenen Faden hängt?

Dass es für Almen, Hutweiden, Bergmähder und einmähdige Wiesen nur 25 % Betriebsprämie geben soll, ist eine weitere Benachteiligung der westlichen Regionen.

Am liebsten möchte ich hinausrufen: „Grünlandbäuerinnen und -bauern aller Bundesländer vereinigt euch! Lasst es nicht zu, dass die österreichische Agrarpolitik die ungleiche Verteilung der Ausgleichszahlungen fortsetzt und fordert ein gerechtes Fördersystem. Ab dem 1. Tag des Jahres 2014!“

Christine Pichler-Brix
Grünlandbäuerin in Steinbach/Attersee

INHALTSVERZEICHNIS

Siegfried Jäckle
ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN – FEINDBILD ODER CHANCE? 4

Florian Walter
KEINE PATENTE AUF SAATGUT, PFLANZEN UND TIERE! 6

Oliver Tamme
AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS 8

Gerhard Hovorka
EIN GUTES EINKOMMENSJAHR FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT 10

Nachruf
IN MEMORIAM HARALD WOSIHNOJ 12

KURZ & BÜNDIG Teil 1 13

Barbara Hable
„AM EINFACHSTEN WÄRE, SIE HEIRATEN“ 14

Stephan Pabst und Rudolf Hoheneder
SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT (CSA) FÜR EUROPA 16

KURZ & BÜNDIG Teil 2 17

Monika Thuswald
GEMEINSCHAFTLICHE DIREKTVERMARKTUNG 18

Luzia Wibiral
FRAUEN UND IHRE TRAGENDE ROLLE 20

Fian
MIR ISST ES RECHT! 22

LESERBRIEF 22

Jean Duflot, übersetzt von Heike Schiebeck
ANDALUSIEN – LAND GEGEN KRISE 23

ÖBV-Info/Veranstaltungen 25

Monika Gruber
GLOSSE 26

KONTAKTADRESSEN 27

ÖBV-Info 28

ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN – FEINDBILD ODER CHANCE?

Die Eiskappe am Nordpol ist in 20 Jahren auf fast die Hälfte geschmolzen, war kürzlich das Topthema der Tagesthemen im deutschen Fernsehen. Beschämt bemerkte der Kommentator vorneweg, dass sie für diese Meldung wohl wieder der Klimahysterie beschuldigt werden.

VON SIEGFRIED JÄCKLE

Diese Ignoranz gegenüber ökologischen Herausforderungen offenbarte vor einigen Wochen der neue Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied mit der Parole: Effizienz statt Hofladenromantik! Und der Finanzminister unserer Baden-Württembergischen Landesregierung in Stuttgart toppte diese kurzsichtige Denkweise im medialen Sommerloch mit der Meinung, wenn auch ein paar Täler zuwachsen würden, auf einen Bauern mehr oder weniger käme es nicht an. Was er nicht sagte und weshalb der Agrarminister wohl nur halbherzig widersprach, ist, dass die grünrote Landesregierung aus Teilen des Schwarzwaldes einen Nationalpark (Naturreservat) plant und die noch von Bauern besiedelten Täler im Umfeld bei der Umsetzung dieses Planes stören.

Ich frage mich, ob derartiges Detaildenken nicht die Ursache dafür ist, dass man in der Landwirtschaft die globalen ökologischen Herausforderungen wie Klimawandel und Artenschwund so wenig ernst nimmt, wie die aktuelle Debatte um das Greening der gemeinsamen Agrarpolitik 2014 – 2020 enthüllt. Und warum die Meinung vorherrscht, dass es ja nicht so schlimm komme, wie von den Umweltschützern prognostiziert, obwohl die Landwirtschaft am direktesten auf Wetter und Klima sowie Arten angewiesen ist? An zwei erlebten Beispielen will ich diese Haltung hinterfragen.

Der Stumpfblättrige Ampfer, nur Unkraut oder ökologische Herausforderung?

Der allgemein empfohlenen Intensivierung und Rationalisierung folgte in den Grünlandgebieten der unübersehbare Stumpfblättrige Ampfer. Unübersehbar durch seine großen Blätter und braunen Blütendolden, die zudem vom Weidevieh verschmäht werden. Der Logik der Intensivierung folgte die Frage, mit welchem Mittel der Ampfer bekämpft werden kann. Als junger Berater und Bauer musste ich bald erleben, wie auf Bekämpfungserfolge nach zwei bis drei Jahren noch mehr Ampfer folgte. Die Antwort der Fortschrittsgläubigen, halt wieder spritzen, befriedigte mich nicht. Also begann ich nach den Ursachen zu suchen. Doch am riesigen Samenpotential des St. Ampfers und seinem Ableger bildenden Wurzelwerk könnte man verzweifeln. Erkannte Probleme machen aber auch hellhörig. So stieß ich auf die ökologischen Kennzahlen, die Grünlandökologen allen Pflanzen verpasst haben und dass der Ampfer die höchste Nährstoffzahl aller Grünlandpflanzen hat. So begriff ich, warum St. Ampfer früher nur unterhalb von Misthaufen und an Wassergräben vorkam. Aber wo kamen die Nährstoffe auf unseren armen Urgesteinsböden her, wo doch die meisten Bauern zudem unter der Norm düngten? Die Antwort lieferte ein Kollege von einer Allgäuer Versuchsanstalt, der sich ebenfalls mit diesem Problem quälte. Er hat festgestellt, dass nur 10 % der Nährstoffe aus dem

Kraftfutter mit Milch und Fleisch den Hof verlassen, dass Kraftfutter also auch Dünger ist. Mit einer einfachen Nährstoffbilanz am Hoftor (was verlässt den Hof an NPK und was wird zugekauft) lieferte er ein einfaches Hilfsmittel, das rasch den Blick auf die Ursache bietet. Nach der Korrektur verschwindet St. Ampfer natürlich nicht gleich, weil Stöcke und Samen ja noch da sind, aber die Pflanzen werden schmächtiger.

Damit hatte ich geglaubt eine Lösung zur Vermeidung von Überdüngung und Grundwasserbelastung gefunden zu haben. Zwar mussten die deutschen Bauern zum Nachweis guter fachlicher Praxis schon eine Nährstoffbilanz erstellen. Ein Feld-Stall-Vergleich (was wird gedüngt und was wird durch die Ernte entzogen?) genügte, berücksichtigt aber den Kraftfutterzukauf nicht. Mein Vorschlag, die Hoftorbilanz mit verringerten Nährstoffüberschüssen zur Basis von Agrarumweltmaßnahmen (wie KULAP, bei uns MEKA) zu machen, lief ins Leere, weil die Macht der Profiteure wohl größer war als die ökologischen Herausforderungen. Die Hoftorbilanz verschwand sogar aus den Verordnungen, aber schließlich fällt ja die Zeigerpflanze St. Ampfer bei dem immer häufigeren Schnitt weniger auf.

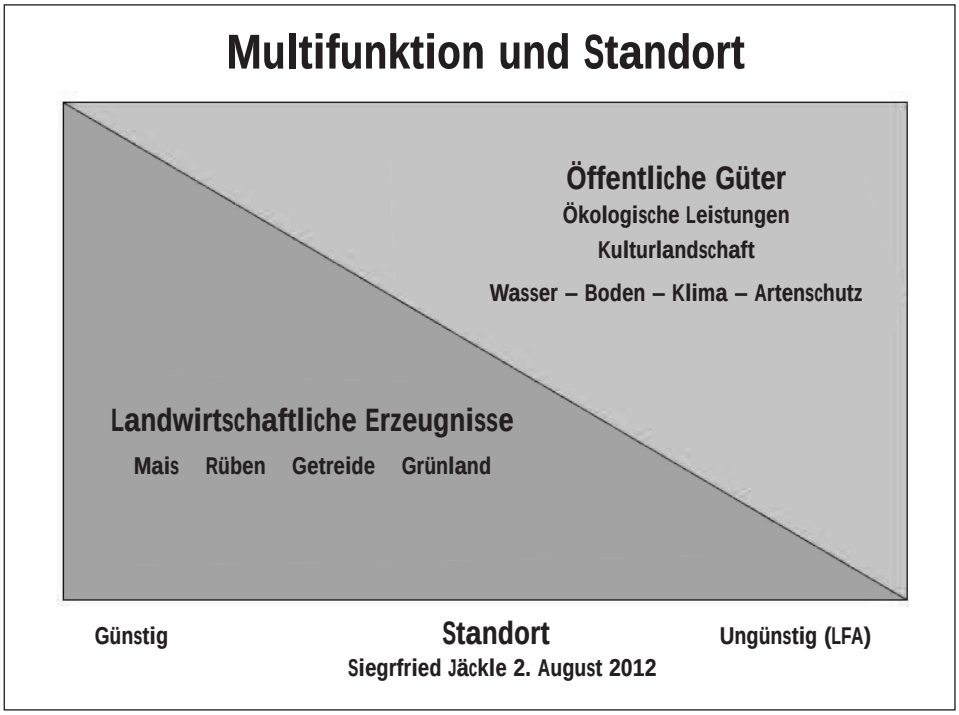
Da aber immer klarer wird, dass unsere Kraftfutterimporte die dritte Welt ausbeuten, unsere Preise durch Überschüsse ruinieren und das Klima schädigen, habe ich nun unserer grünroten Landesregierung vorgeschlagen, mit einer neuen MEKA-Maßnahme den Anreiz zu klimaneutraler Wirtschaftsweise zu schaffen – auf der Basis einer ausgeglichenen Hoftorbilanz. Ich bin gespannt, ob der Mut zu dieser Logik reicht.

Natur schützen oder nachhaltig nutzen

Als in den 90er Jahren zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sich eine Annäherung anbahnte, ließ ich mich für das Ehrenamt des Kreisbeauftragten für Naturschutz wählen. Ich glaubte, in dieser Funktion Kompromisse für unsere einzigartige Kulturlandschaft erzielen zu können. Manches gelang auch. So konnte durch Pflegeverträge bis heute besonders artenreiches Grünland vor Intensivierung oder Verbuschung gerettet werden. Als ich aber auch nur Zweifel an der ökologischen Verträglichkeit von Aufstockungen mit großen Stallneubauten erwähnte, bekam ich den agrarischen Sturm zu spüren. Nach allerlei Diskussionen hatten Politik und Behörden nicht den Mut, ökologische Herausforderungen über ökonomische Sachzwänge der Intensivierung zu stellen. Stattdessen geht der Trend zur Trennung der Landschaft in Nutz- und Schutzgebiete (siehe Nationalpark) weiter.

So wie ich immer wieder von Almen in Österreich lese, scheiden auch bei uns Prüfer bei Vorortkontrollen immer neue Teile von Flächen als nicht landwirtschaftlich genutzt und damit nicht förderungsfähig aus. Waren also die politischen Thesen vom Bauern als Landschaftspfleger nur Geschwätz? Ich meine nein und ja. Nein, weil die Bauern unter Pflege keinen Sinn sehen und sich mehr von Produktion faszinieren lassen. Ja, weil in Politik und ihrer spezialisierten Verwaltung der Zusammenhang zwischen Landbewirtschaftung und Landschaftspflege häufig nicht mehr bewusst ist. Ich bin überzeugt, dass wir die ökologischen Herausforderungen nur meistern, wenn wir uns selbst unserer Multifunktion als nachhaltig Wirtschaftende bewusst werden und sie auch vertreten. Dazu ist überfällig, dass Multifunktion Bestandteil aller Lehr- und Beratungspläne wird. Aus dieser Brille verlieren auch die Greeningvorschläge ihren Schrecken. Zuvor gilt es aufzupassen, dass Berg- und Grünlandgebiete nicht zum Alibi für's Greening werden, denn der Anteil der ökologischen Leistungen (neudeutsch öffentliche Güter) im Vergleich zum Ertrag landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist dort gegenüber Gunstlagen deutlich höher (siehe Schaubild).

Siegfried Jäckle
Vorstand Forum Pro Schwarzwaldbauern e. V.



KEINE PATENTE AUF SAATGUT, PFLANZEN UND TIERE!

Saatgut bleibt Gemeingut! Die Idee zur parlamentarischen Bürgerinitiative „Keine Patente auf Pflanzen und Tiere!“ kam uns bei der heurigen Veranstaltung des „Forums Kritischer TierhalterInnen“ in Klagenfurt.

VON FLORIAN WALTER

Saatgutnetzwerke sind oft gut organisiert, jedoch wenige TierhalterInnen wissen, dass die Genetikkonzerne emsig daran arbeiten, Kenntnisse und Kontrolle über die Genomdaten unserer Nutztiere zu erlangen. Diese Daten werden mit Lizenzverträgen an Firmen weitergegeben, die dann Patente anmelden: auf Gene, auf Zuchtmethoden und – wie der Konzern „Monsanto“ – sogar auf Tiere und Zuchtherden. In der Folge führt die beinahe uneingeschränkte wirtschaftliche Macht der Tierzuchtindustrie zu Monopolstellungen: z. B. beliefern nur vier Konzerne die Welt mit Zuchtmaterial für Geflügel. Nach der Europäischen Patentrichtlinie (98/44, Art. 8, 2) treffen solche Patente auch auf den Nachwuchs dieser Tiere („jedes biologische Material“) zu. Unsere Idee war also nun, auch die TierhalterInnen in unsere Widerstandsaktionen einzubinden. Bürgerinitiative deshalb, weil wir wollten, dass die Initiative von der Zivilgesellschaft ausgeht. Sie soll nicht schon im Vorhinein von politischen Parteien für sich vereinnahmt werden.

Gemeinsamer Kampf

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Patente auf Leben und geistige Eigentumsrechte für Konzerne“ wurde uns bald klar, dass wir einen gemeinsamen Kampf für das Recht auf Ernährung führen und dass es daher nichts bringt, Patente abzulehnen, das geringere Übel aber, z. B. Sortenschutz und Nachbaugebühren zu akzeptieren. Hier fordern wir deutlich mehr als die deutsche Initiative.

Wir sehen es auch als unsere Aufgabe schonungslos aufzuzeigen, wie undemokratisch politische Entscheidungen ablaufen „müssen“. Im Fall der Patente sind es Verträge zwischen Regierungen, die der Politik fast keinen Handlungsspielraum mehr erlauben. Denn die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO sind nach dem WTO-Abkommen über handelsbezogene Rechte auf intellektuelles Eigentum (TRIPS, Artikel 27, Abs. 3) verpflichtet, Pflanzensorten patentierbar zu machen oder ein ähnliches System zum Rechtsschutz für Pflanzensorten einzuführen. Das gibt in vielen Ländern den Regierungen die Legitimation, Patente und/oder ein Sortenschutz-System einzuführen, dass den Interessen ihrer Bevölkerung entgegen steht.

Hinter den Patenten steht also auch die WTO – jene Organisation, die die globale Durchsetzung des Freihandels zum Auftrag hat und die Abhängigkeit der Welt von den Industrieländern und ihren dominanten Konzernen erhöht.

Andere Verträge, etwa der Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen (ITPGR), der das bäuerliche Recht festschreibt, Saatgut aus eigener Ernte zu nutzen, nachzubauen, zu tauschen und verkaufen zu dürfen, werden jedoch nicht in nationale Gesetze umgesetzt.

Wie geht’s weiter? Für den 16.10., den Welternährungstag wird bereits weltweit mobilisiert. Wir planen in Wien eine medienwirksame Auftaktveranstaltung mit Tieren und Saatgutausstellung vor der Niederlassung des europäischen Patentamtes in Wien. Die notwendigen Unterschriften haben wir im Parlament abgegeben. Ab jetzt kann auch elektronisch unterschrieben werden, und das ist wichtig, denn nur so werden wir ein parlamentarisches Hearing erreichen, das uns die Möglichkeit gibt vorzusprechen und noch einmal in die Medien zu gehen.

Neben dem Verbot der Biopatente fordern wir von der österreichischen Regierung im Rahmen des Menschenrechts auf Nahrung ihre Verpflichtung wahrzunehmen und die Rechte der Bauern und Bäuerinnen auf Saatgut zu gewährleisten. Sie muss auch verpflichtend die „farmers rights“ auf freien Zugang, Nutzung, Tausch und Verkauf von Saatgut und den informellen Saatgutmarkt respektieren und in den gesetzlichen Rahmen integrieren.

Florian Walter
Biobauer, Forum Kritische TierhalterInnen

SAATGUTTAUSCH SCHWER GEMACHT

Foto: Anna Korzenszky

Die Verwendung von hofeigenem Saatgut ist leider auch in Österreich nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. In Österreich gibt es zwar (noch) keine Nachbaugebühren, das heißt auch geschützte Sorten dürfen auf eigenem Land wieder ausgesät werden („zur eigenen Nutzung"). Schwierig wird es aber, wenn ein Landwirt oder Gärtner Saatgut verkaufen will: Die österreichische Saatgutverordnung sieht zwar Ausnahmen vor, die in anderen Ländern undenkbar wären, trotzdem ist bei nicht gelisteten (freien) Sorten nur Tausch und nur in Kleinstmengen zulässig. Bei Getreide sind es z. B. 200 kg pro Sorte und Jahr, die abgegeben werden dürfen. Das reicht bei Weizen gerade mal für 1 ha Anbaufläche, bei Gemüse ist die Abgabemenge noch viel geringer. In der Praxis wird natürlich oft gegen Geld getauscht, was bisher nicht beanstandet wurde.

Anders ist es, wenn man Saatgut auf „fremden Namen und fremde Rechnung" anbietet, also in einem Geschäft. Das ist unzulässig, und es droht eine Verwaltungsstrafe. Möglich wäre es allerdings, das Saatgut dem Laden in Kommission zu übergeben, was einer „erweiterten Form des Tauschhandels auf eigenen Namen und Rechnung" gleichkäme; wichtig ist, dass extra abgerechnet wird. Die Rechtssicherheit ist allerdings geringer, es gibt keine Präzedenzfälle, nichts ist ausjudiziert. Gelistete Hochzuchtsorten dürfen sowieso nicht weitergegeben werden. (Außer minimale Kleinstmengen für nachweislich züchterische Zwecke – „Züchterprivileg").

Seit einigen Jahren gibt es die Möglichkeit, Landsorten als Erhaltungssorten anzumelden (Erhaltungssortenrichtlinie). Dieses „vereinfachte" Zulassungsverfahren ermöglicht zwar, dass Landsorten überhaupt verkauft werden dürfen, aber es limitiert die Verpackungsgröße oder beschränkt den Verkauf auf eine bestimme „Ursprungsregion".

So kann es passieren, dass eine ursprünglich in halb Europa vorkommende Sorte, nur mehr dort verkauft werden darf, wo sie angemeldet wurde! Der Landwirt hat außerdem die Pflicht, die verkaufte Saatgutmenge jährlich und rechtzeitig an die EU-Kommission zu melden, und diese kann jährlich die erlaubte Verkaufsmenge neu festlegen.

Wegen Nichteinhaltung dieser unsinnigen Richtlinien (Verkauf von nicht registriertem Saatgut) wurde der französische Verein Kokopelli von der Saatgutfirma *graines baumaux* auf Schadenersatz (unlauterer Wettbewerb) verklagt. Forderung: 50.000 Euro und Auflösung des Vereins. Das französische Gericht rief den EuGH an, um feststellen zu lassen ob diese Richtlinien überhaupt EU konform sind. Entgegen dem Plädoyer seiner Generalanwältin entschied der EuGH jedoch, nach Intervention der European Seed Association (ESA), der Lobbyorganisation der Saatgutindustrie, dass oberstes Ziel der EU-Landwirtschaft die Steigerung der Produktivität sei, und dass alle anderen Ziele, wie Schutz der Biodiversität … „farmers rights" … usw., diesem unterzuordnen wären. Die Richtlinien wurden also bestätigt. Jetzt ist dieser Verein zum Abschuss freigegeben. Der Kampf ums Saatgut spitzt sich also dramatisch zu, Solidarität und gemeinsame Aktionen sind gefragter denn je.

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Ein Forschungsprojekt untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf das Berggebiet am Beispiel Ökosysteme/Naturhaushalt, Forst, Alm- und Berglandwirtschaft, Tourismus.

VON OLIVER TAMME

Die Gletscherschmelze (im Bild die Pasterze) hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich beschleunigt (Quelle: Wetteronline).

Die Ausgangshypothese des Forschungsprojektes besagte, dass der Ostalpenraum bzw. das Berggebiet vom Klimawandel stärker und negativer betroffen ist, als andere klimabegünstigte Regionen (z. B. das Flach- und Hügelland). Die Studie sollte diese Annahme hinterfragen und die wichtigsten Auswirkungen nach Bereichen und Sektoren (Naturhaushalt-Ökosysteme, Forstwirtschaft, Berglandwirtschaft, Tourismus, andere) auswerten. Ein besonderer Fokus wurde auf mögliche positive Folgen gerichtet. Die Forschungsmethodik bestand in einem deskriptiven Analyseverfahren. Die einschlägige Literatur (Studien, Fachartikel, Beiträge im Internet etc.) wurde im Hinblick auf ihre Relevanz – Auswirkungen des Klimawandels auf die alpinen Regionen, das Berggebiet – ausgewertet. Neue Forschungsergebnisse aus der Schweiz und Bayern, Regionen mit vergleichbarer Struktur, konnten einbezogen werden.

Klimaerwärmung im Berggebiet deutlich ausgeprägt

Im Vergleich zur globalen Entwicklung hat sich der Alpenraum im Verlauf der vergangenen 150 Jahre, teils natürlich bedingt, stärker erwärmt. Seit damals ist die Temperatur um knapp 2° C angestiegen. Beschleunigt hat sich die Erwärmung seit den 1970er Jahren, in den letzten Jahren stagnierend auf hohem Niveau. Das letzte flächendeckend zu kalte Jahr (1996) liegt bereits 16 Jahre zurück. Die Sommermonate haben sich gegenüber den Wintermonaten verstärkt erwärmt. Wesentlich ist, dass seit den 1950er Jahren der anthropogen-treibhausbedingte Effekt überwiegt. Parallel zur Temperatur hat sich auch die Sonnenscheindauer merklich erhöht. Beim Niederschlag fällt die gegenläufige Entwicklung in zwei alpinen Subregionen auf: Westösterreich (Vorarlberg, Tirol) ist feuchter geworden, während einige Regionen südlich des Alpenhauptkamms weniger Niederschlag erhalten. Trotz der starken Berichterstattung über Witterungsextreme (z. B. Temperaturschwankungen, Starkniederschläge, Stürme) lässt sich eine Zunahme derselben (noch) nicht nachweisen.

Die Klimaerwärmung wird sich in den kommenden Jahrzehnten verstärkt fortsetzen. Das heißt aber nicht, dass kältere Witterungsabschnitte gar nicht mehr auftreten. Bis 2050 ist mit einem Temperaturanstieg von knapp 2° C (bezogen auf 1961-90) zu rechnen. Weiter beschleunigen wird sich die Erwärmung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, so die Treibhausgase nicht drastisch reduziert werden. Die Gesamtniederschlagsmenge sollte sich (zumindest bis 2050) laut den Klimaszenarien konstant entwickeln. Dies kommt aber in Verbindung mit einem deutlich höheren Temperaturniveau und der damit verbundenen Verdunstung einem Rückgang des zur Verfügung stehenden Angebots gleich. Jahreszeitlich ist eine Verschiebung der Niederschläge in die Wintermonate zu erwarten. Regional von Bedeutung ist die Tatsache, dass sich bei den Szenarien wie schon in der Vergangenheit oftmals ein ausgeprägter Übergang zwischen Alpennord- (mehr Niederschlag) und Alpensüdseite (weniger Niederschlag) abzeichnet. Insgesamt ist die Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien beim Niederschlag deutlich geringer als bei den Temperaturen. Mit Fragezeichen zu versehen ist die Entwicklung von Extrem-Wetterereignissen. Zwei durch den Treibhauseffekt beeinflusste Parameter, die wärmere Atmosphäre und der höhere Wasserdampfgehalt deuten darauf hin, dass Starkregen und Trockenheit gleichermaßen zunehmen könnten.

Auswirkungen auf Naturhaushalt, Ökosysteme, Biodiversität

Der Klimawandel beeinflusst Mensch, Gesellschaft und Ökonomie über seine Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die physikalischen und biologischen Komponenten der Ökosysteme (Luft, Wasser, Boden). Naheliegend sind Veränderungen des Wasserhaushaltes, aber auch des Stoffhaushaltes, der biotischen Interaktionen, der Mikroorganismen. Direkte Wechselwirkungen bestehen zwischen Erwärmung und den (früher auftretenden) phänologischen Eintrittsphasen wie Blattentfaltung, Blüte und Fruchtreife. Ganze Klima- und Vegetationszonen verlagern sich nord- und gipfelwärts. Prominentestes Beispiel für

die Auswirkungen der Klimaerwärmung ist die Gletscherschmelze, sekundär auch das Auftauen von Permafrostböden. Beide Phänomene verdeutlichen die Gefahren für Siedlungsbereiche, Kulturland und Infrastrukturen, die von mangelnder Ökosystem-Stabilität (Naturgefahren) ausgeht. Insgesamt sind Verluste von nivalen und subnivalen, also kälteliebenden Arten, mit enger ökologischer Amplitude, zu erwarten. Stark gefährdet sind auch alpine Feuchtgebiete (Wiesen, Moore, Gewässer).

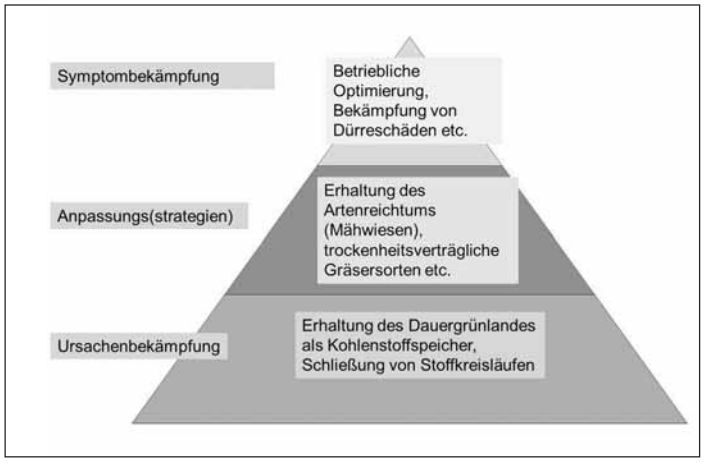
Auswirkungen auf die Forstwirtschaft

Die Höhenverschiebung der Vegetationsstufen und der Anstieg der Waldgrenze sind schon jetzt vielerorts zu beobachten. Positiv zu bewerten ist die dadurch gestiegene Vielfalt der alpinen Baumartenzusammensetzung (Laubbäume). Beispielsweise finden Rotbuche, Esche, Ahorn, Lärche und Weißtanne, (subalpin auch die Fichte) höheres Wachstumspotenzial. Umgekehrt haben Hitze- und Trockenperioden, Witterungsextreme (Windwurf, Brände) im Zusammenwirken mit z. B. Borkenkäferbefall das Potenzial, große Schäden anzurichten. Stark gefährdet sind Fichtenreinbestände der montanen Höhenstufe (500–1.200/1.500 m). Neutral zu bewerten, weil geringer als erwartet, ist die diskutierte bessere Wachstumsleistung des höheren atmosphärischen CO_2-Gehaltes (sogenannter Düngungseffekt), da sich Pflanzen durch eine Reduktion der Öffnung der Spaltöffnungen anpassen und andere limitierende Faktoren (Wasser, Nährstoffversorgung) bestehen. Negativ ist die abnehmende Kohlenstoffspeicherkapazität der Waldböden einzuschätzen, da die mikrobielle Aktivität von im Boden gespeichertem Kohlen- und Stickstoff angeregt wird. Dies steigert die Veratmung und setzt CO_2 frei. Ein weiterer Effekt des Klimawandels ist der zu erwartende steigende Nutzungsdruck der Wälder durch Freizeit- und Tourismusaktivitäten.

Auswirkungen auf die Bergland- und Almwirtschaft

Die längere Vegetationsperiode bringt höhere Erträge und Nutzungsintensität (z. B. längere Weideperiode, mehr Schnitte, selteneres Auftreten sommerlicher Schneefälle auf den Almen).Voraussetzung ist jedoch eine ausreichende Wasser- und Nährstoffversorgung. Letztere Voraussetzungen sollten im Berggebiet (mit Ausnahme des Mühl- und Waldviertels) besser gewährleistet sein als im Flach- und Hügelland. Positive Witterungseinflüsse könnten punktuell auch eine (weitere) Bewirtschaftungsintensität vorantreiben. Umgekehrt hat das Dauergrünland, bestehend aus mehrjährigen Pflanzengesellschaften, nur ein geringes Anpassungspotenzial (wie beispielsweise der Hitzesommer 2003 gezeigt hat), da bedingt durch Boden und Topographie keine Produktionsalternativen bestehen. Unsicher bleibt das Risiko von Witterungsextremen und damit verbundenen Ertragsschwankungen oder -ausfällen.

Obwohl die Nachhaltigkeit von Maßnahmen des Klimaschutzes größer ist, wird mit Fortschreiten des Klimawandels die Anpassung an die Auswirkungen wichtiger.



Auswirkungen auf Freizeit- und Tourismuswirtschaft

Der Tourismus ist für das Berggebiet von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Tourismus und Freizeitaktivitäten sind als Außer-Haus-Betätigungen stark mit den Witterungsverhältnissen verbunden. Vermehrt warme Tage mit höheren Tagesmaxima, längere Sonnenscheindauer und generell stabileres Wetter begünstigen diesen Sektor. Positive Effekte sind vor allem für den Sommertourismus (wärmere Badeseen, besseres Bergwetter) und die Übergangsjahreszeiten zu erwarten. Für den Wintertourismus birgt der Klimawandel (schneearme Winter) jedoch Risiken, die auch durch künstliche Beschneiung nicht gänzlich kompensierbar sind. Hochgelegene Wintersportorte sind vergleichsweise wenig betroffen. Weiters sind Veränderungen des Landschaftsbildes – Stichwort „Schutt statt Gletscher“, „Verwaldung“ – absehbar. Negativ zu bewerten ist der höhere Nutzungsdruck vor allem der ökologisch sensiblen alpinen Hochtäler und Hochlagen, der von vermehrten Aktivitäten der Freizeit- und Tourismuswirtschaft ausgeht. Auch dieser Sektor ist sehr anfällig gegenüber Schäden an touristischen Einrichtungen (Beherbergungsbetriebe, Straßen- und Wegenetz, Aufstiegshilfen)

und damit verbundenen Besucherausfällen und Umsatzrückgängen, die durch Witterungskapriolen, Extrem- und Elementarereignisse hervorgerufen werden können.

Resümee

Ein höheres Temperaturniveau, so es mit günstigeren Witterungsverhältnissen einher geht, kann sich durchaus positiv auf das Berggebiet auswirken. Das raue, niederschlagsreiche alpine Klima, das sich vielfach einschränkend auf Ökosysteme, Mensch und Wirtschaftsaktivitäten auswirkt, wird dadurch wesentlich abgemildert. Insgesamt machen die naturräumlichen Beschränkungen des Berggebietes (beschränkter Dauersiedlungsraum, hoher Nutzungsdruck) das Berggebiet jedoch anfälliger (stärkere Exponiertheit, höhere Vulnerabilität) gegenüber den negativen Aspekten des Klimawandels. Vor allem witterungsbedingte Elementarereignisse (durch Extremniederschläge ausgelöstes Hochwasser, Lawinen etc.) können Natur, Mensch und den Wirtschaftssektoren große Schäden zufügen. Aber auch durch den Klimawandel begünstigte landwirtschaftliche Nutzungsintensivierungen können negative Effekte haben. Hinzu kommt außerdem, dass die Ressourcen des Berggebietes (Boden, Wasser, Luft, Nahrungsmittel- und Rohstoffe, Landschaft) gerade von Regionen und Sektoren außerhalb des Berggebietes intensiv genutzt werden. Beeinträchtigungen derselben haben eminente wirtschaftliche Folgen weit über das Berggebiet hinaus. Letztlich ist die Klimaerwärmung aber nur ein Faktor unter anderen. Er muss immer in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren gesehen werden.

Oliver Tamme
Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Hinweis zur Studie

TAMME, OLIVER (2012): Klimawandel im österreichischen Berggebiet: Ursachen, Auswirkungen und Anpassungsmaßnahmen, FB Nr. 65 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien, www.berggebiete.at

EIN GUTES EINKOMMENSJAHR FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Analyse des Grünen Berichtes 2012

Der Grüne Bericht 2012 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ist wie jedes Jahr eine umfassende und gute Informationsquelle, die es zu nutzen gilt.

VON GERHARD HOVORKA

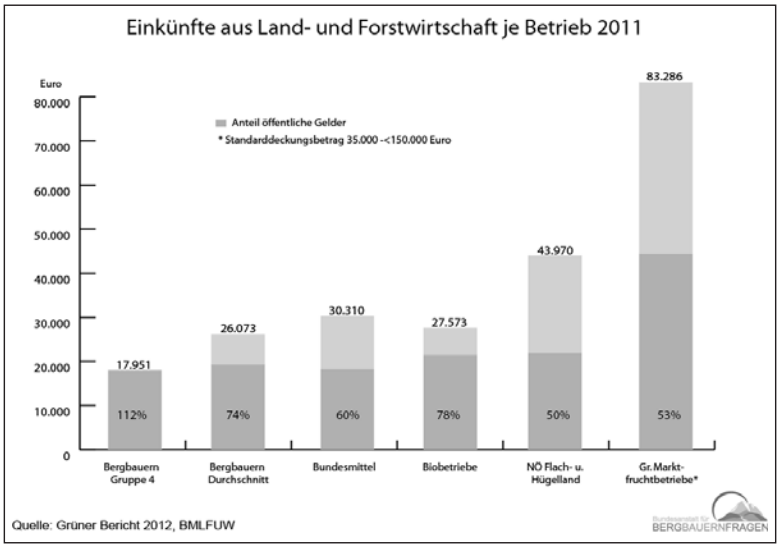
Im Jahr 2010 wurde eine Vollerhebung der Agrarstruktur durchgeführt. Die Ergebnisse sind nun im Grünen Bericht 2012 abgedruckt.

Die schlechte Nachricht zuerst – immer weniger Betriebe

In den letzten 11 Jahren hat die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe um 20 % abgenommen. Im Osten Österreichs waren es mehr, im Westen etwas weniger. Die Bergbauernbetriebe haben stärker abgenommen als die Gunstlagen; ebenso die Nebenerwerbsbetriebe stärker als der Haupterwerb. Massiv getroffen hat es die kleineren und auch die mittleren Betriebe (bis 30 ha landwirtschaftlicher Fläche), die nach wie vor den Großteil der Betriebe in Österreich ausmachen. Die Betriebe über 100 ha haben sich hingegen sogar mehr als verdoppelt.

Ein gutes Einkommensjahr für viele

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft nahm im Jahr 2011 durchschnittlich um 33 % auf 30.310 Euro je Betrieb zu und übertrifft noch das gute Jahr 2010. Diese positive Entwicklung war vor allem durch höhere Preise und Ertragsmengen für Getreide und höhere Preise für Milch, Rinder, Schweine und im Forst zustande gekommen. Der Aufwand stieg um 8 % (vor allem Futtermittel, Düngemittel, Energie). Die kräftigste Einkommenssteigerung konnten die Dauerkulturbetriebe erreichen, aber auch die Marktfruchtbetriebe (Ackerbau) konnten ihr Einkommen um 38 % verbessern. Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben hat sich in diesem Jahr nochmals erhöht. Auch nach



Betriebsgrößen betrachtet sind die Einkommensunterschiede sehr groß. Beispielsweise erzielten die großen Marktfruchtbetriebe bereits das zweite Jahr hintereinander einen Einkommenszuwachs von 20.000 Euro auf nunmehr 83.286 Euro je Betrieb. Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2011 im Durchschnitt mit 9.250 Euro nur 19 % des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe. Bei einem Drittel aller Betriebe im Grünen Bericht war der Verbrauch größer als das Gesamteinkommen.

Bergbauernbetriebe können nicht mithalten

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg bei den Bergbauernbetrieben 2011 im Durchschnitt um 18 %, allerdings bei den Bergbauernbetrieben mit hoher Erschwernis (BHK-Gruppe 3) nur um 5 %. Die extremen Bergbauernbetriebe (BHK-Gruppe 4) konnten nach einem sehr schlechten Jahr diesmal ihr Einkommen um 28 % steigern. Die Einkommensschere der Bergbauernbetriebe hat sich auch dieses Jahr gegenüber den Gunstlagen weiter vergrößert (Nichtbergbauernbetriebe: plus 46 %). Ohne Bergbauernförderung wäre der Abstand zu den Gunstlagen noch viel größer. Eine Familienarbeitskraft erreichte in der BHK-Gruppe 4 weniger als die Hälfte des Einkommens der Nichtbergbauernbetriebe bzw. knapp 30 % der Marktfruchtbetriebe. Eine Milchquote hat nicht einmal mehr die Hälfte der Bergbauernbetriebe.

Biolandwirtschaft hat große Bedeutung

Die Anzahl der geförderten Biobetriebe und Bioflächen hat 2011 leicht abgenommen. Der Anteil der Biolandwirtschaft ist mit 16 % an den Betrieben und 20 % an der Fläche (inklusive Almen) gleich geblieben. Die große Mehrheit der Biobetriebe (72 %) sind auch Bergbauernbetriebe, allerdings nehmen die Ackerbaubetriebe in den letzten Jahren zu. Das Einkommen der Biobetriebe (plus 19 %) stieg geringer als bei den konventionellen Betrieben und lag im Jahr 2011 unter dem Bundesdurchschnitt. Die Biobetriebe haben höhere öffentliche Gelder und weisen eine günstigere Aufwandsrate (Aufwand/Ertrag) als der Durchschnitt der Betriebe auf.

Förderungen im Jahr 2011 verringert

Im Jahr 2011 wurden mit 2,3 Mrd. Euro etwas weniger an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Land- und Fortwirtschaft aufgewendet, als im Jahr davor (minus 2,8 %). Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 33 %, das Programm Ländliche Entwicklung von 51 % und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 16 % aus (inkl. Agrardiesel von 50 Mill. Euro). Aufgrund der guten Preise sank der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen in diesem Jahr von 80 % auf 60 % bzw. am Ertrag auf 19 %. Bio- und Bergbauernbetriebe hatten im Durchschnitt auch im Jahr 2011 wesentlich niedrigere Förderungen als die Marktfruchtbetriebe.

Ungleiche Verteilung nimmt zu

Im Jahr 2011 nahmen die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (Betriebs- und Tierprämien, ÖPUL, AZ) auf 1,55 Milliarden Euro ab (weitere 329 Mio. Euro wurden für Investitionsförderung, JunglandwirtInnen, Bildung, Leader etc. bezahlt). Die Anzahl der FörderempfängerInnen nahm ab, aber die großen Empfänger (ab 50.000 Euro) wurden mehr. Die Direktzahlungen sind sehr ungleich verteilt. Während 35 % der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.117 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 6 % hatten, lukrierten 2 % der Betriebe am oberen Ende (über 50.000 Euro) 12 % aller Fördermittel und im Durchschnitt 76.000 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro Direktzahlungen kamen 275 Betriebe, die zusammen 48 Mill. Euro (im Durchschnitt 176.108 Euro je Betrieb) erhielten.

Die Diskussion der gerechteren Verteilung der Direktzahlungen hat im Zuge der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit dem erforderlichen Umstieg auf eine Flächenprämie anstatt der Betriebsprämie und angesichts knapper Budgetmittel auch in Österreich an Bedeutung gewonnen. Eine zukünftige Besserstellung der kleineren Betriebe und insbesondere der Bergbauern- und Biobetriebe würde die multifunktionale Landwirtschaft stärken.

Dr. Gerhard Hovorka
Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

IN MEMORIAM HARALD WOSIHNOJ

Gentechnikkritiker, Bürgerrechtsaktivist und Journalist 1961 – 2012

Vorausgeschickt sei: Ohne Harald Wosihnoj wäre in Österreich ein Gentechnikvolksbegehren und die daraus folgende Gentechnikfreiheit in Landwirtschaft und Ernährung nicht möglich gewesen.

Fotos: Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Wenn heute ehemalige PolitikerInnen, die der Gentechnik Tür und Tor öffnen wollten, Kongresse für gentechnikfreies Soja eröffnen, oder Handelskonzerne sich in ihrer gentechnikfreien Innovationskraft sonnen, so sollten wir bedenken, dass vor vielen Jahren jemand mit hohem persönlichen Engagement und gesellschaftspolitischem Einsatz dafür gekämpft hat, dass das gen- und biotechnische Zeitalter verwoben mit den Interessen der Chemie-Multis nicht gänzlich über Österreich hereinbreche.

Harald Wosihnoj war in den 80er Jahren Mitbegründer des Gen-ethischen Netzwerkes Österreich (GeN). Er war Aktivist und Journalist, der über viele Jahre sehr viele Österreicher mit Informationen über die Risiken der Gen- und Biotechnologie versorgt und sie damit aufgeweckt hat. Er hat den Keimling gesetzt, der dann zehn Jahre später zum Gentechnikvolksbegehren führte und Österreichs Positionierung als „gentechnikfreie Zone“ zum parteiübergreifenden politischen Allgemeingut machte. Vielfach war er in seinem Denken und Tun seiner Zeit weit voraus, und so hat er nicht nur die Sonnseiten seiner innovativen Bestrebungen gesehen, sondern leider auch oft die typisch österreichischen Schattenseiten zu spüren bekommen.

Ab 1987 beschäftigte sich Harald Wosihnoj intensiv mit den möglichen Folgen der gentechnischen Zurichtung unserer biologischen Umwelt, wobei er immer nach Alternativen Ausschau hielt und die Menschen animieren wollte, ihre demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig hat er sich als Fragen stellender Journalist gesehen, der seine berufsbedingte Freiheit sehr ernst zu nehmen hat (und nicht mit einem Auge immer auf die Vor- und Nachteile schielen soll.) Er hat Industriemanager der Biotech-Firmen interviewt, hat in Industriebetrieben und Forschungszentren nachgefragt, wie sie es mit der Sicherheit halten, er hat die Behörden, insbesondere aber das Gesundheitsministerium, und die Politik beraten und ihnen aufgezeigt, dass es jenseits von Industrievorgaben und Professorenehrgeiz Sicherheitsnotwendigkeiten gibt, denen man auch in Österreich entsprechen sollte. Er war damals schon in außerordentlichem Maß international vernetzt, und er sagte dem Wissenschaftsminister in aller Öffentlichkeit auf den Kopf zu, dass man mit dem ABGB und einem Paragraphen, der für einen entlaufenen Löwen zutrifft, nicht das Risiko der Gentechnik regeln kann. (Damals wollten Teile der Politik noch kein eigenständiges Gentechnikgesetz.)

Legendär war seine Entdeckung, nachdem um 1990 die Immuno AG mit gentechnisch verändertem HIV bei Schimpansen experimentieren wollte, dass man in Österreich den HIV in die Sicherheitsstufe 2 hineinzuschwindeln versuchte, obwohl er der Sicherheitsstufe 3 bedarf. Vor versammeltem Publikum von Industrie, Wissenschaftsakademie und ForschungsleiterInnen mussten die Fachbeamten zugestehen, dass die „vorläufige“ Sicherheitsliste in Bezug auf HIV zu korrigieren sei. Oder er hat den damaligen Generaldirektor der Biochemie Kundl (Tirol) damit konfrontiert, dass Bund und Land 400 Millionen Schilling Förderung für eine Hormonproduktionsanlage zahlen, deren Hauptprodukt BST in Österreich verboten ist bzw. das lebensmittelrechtlich in Österreich nicht einmal gelagert werden darf. „Sie nerven!“ – das war für uns alle sein Adelsprädikat. (Wir hätten viel mehr davon gebraucht!)

Er hat Jeremy Rifkin, der als Bestsellerautor (z. B.: Biotechnik – Schöpfung nach Maß) schon Anfang der 90er Jahre zu den 150 einflussreichsten Amerikanern zählte, nach Österreich gebracht und ihn in Zusammenarbeit mit der damaligen Frauenministerin Johanna Dohnal einem breiten Publikum bekannt gemacht. In seinem Profil-Interview mit Jeremy Rifkin vom Mai 1991 hat er die Kernthemen der Gentechnikrisiken, wie sie sich damals schon darstellten, kurz und bündig angesprochen: Was bedeutet eine durchgehende „Qualitätskontrolle von allem Leben“? – Sind die Risiken der Freisetzung von GVO abschätzbar? – Gibt es Alternativen? (ökologischer Landbau) – Sollte es nicht einen Schutz der genetischen Privatsphäre geben? – Was könnte beim Arbeiten in geschlossenen Systemen alles passieren? (fehlendes Sicherheitsbewusstsein) – Erzeugt die „Biotech-Revolution“ nicht neben dem genetischen auch ein „ökologisches Roulette“?

Harald Wosihnoj initiierte 1989 den ersten Gentechnik-kritischen Kongress in Österreich an der TU-Wien. Den ersten

Einspruch gegen das erste europäische Pflanzenpatent, den das GeN-Österreich noch selbst eigenhändig verfasst hatte, hat Harald wegen knapper Einspruchsfristen persönlich per Bahn nach München gebracht. Harald hat sich mit dem kanadischen Alternativnobelpreisträger Pat Mooney (RAFI – heute ETC-Group) vernetzt, um noch besser gegen die Machenschaften der Chemie/Saatgut-Multis anzukommen. Last but not least hat er auch an der Universität Wien einen intensiven Diskurs angestoßen, der schlussendlich zur Seminarreihe „Chancen und Risiken der Gentechnik“ führte. Durch die Pro- und Contra-Vorträge auch von kritischen WissenschafterInnen wurden viele StudentInnen zum Nachdenken angeregt. Und 1992 wurde die erste Petition zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln im Parlament eingebracht.

Die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission zur Gentechnik ging auch maßgeblich auf Harald Wosihnoj und seine Tätigkeit als Politikberater zurück. Er hat sich dafür verwendet, dass Behindertenverbände bei der Diskussion über die Auswirkungen der Genanalyse einbezogen werden, dass NGOs in Bezug auf die Umwelt anzuhören sind, oder dass bäuerliche Initiativen wie die Österreichische Bergbauernvereinigung ihre alternativen Zukunftsstrategien einbringen konnten.

Nicht zuletzt aufgrund seiner Arbeit enthält auch das österreichische Gentechnikgesetz viele demokratische Elemente, die Harald Wosihnoj mit initiiert hat, obwohl dieses Gesetz 1994 schon mit der Blickrichtung eines „sicheren EU-Beitritts“ geschrieben wurde. Harald wollte sich nicht damit zufrieden geben, dass sich die österreichische Politik allein dem Rechtsvereinheitlichungsziel der EU unterwerfen würde und ohne besondere Bedingungen bezüglich der Gentechnik-Sicherheit der EU beitrat.

Später widmete sich Harald Wosihnoj auch im Zusammenwirken mit seinem Brotberuf als IT-Fachmann anderen demokratiepolitisch brisanten Themen: Er war Mitbegründer und erster Präsident des Vereins „quintessenz“ und beschäftigte sich in diesem Kontext mit dem Überwachungsstaat und den Bürgerrechten im Informationszeitalter. Zahlreiche Projekte und Kampagnen, wurden von ihm initiiert und unterstützt: Protestaktion „Ein Land geht offline“; Linux und Open Source Veranstaltungen; Kampagnen gegen Softwarepatente; Initiator des „Big Brother Awards Österreich“. Die digitalen Bürgerrechte wurden auch Teil seines journalistischen Engagements beim Falter oder in der Future Zone des ORF.

Harald Wosihnoj, Du hast durch Dein persönliches Engagement viele zum Nachdenken und auch zum Handeln angeregt und in einer Zeit der aufkommenden Bewegung von Bürgerinitiativen einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet – Du hast unser Land ein wenig demokratischer gemacht. Wir danken Dir und wir gedenken Deiner.

Deine langjährigen MitstreiterInnen

kurz & bündig *irmi*

CIOLOS WILL FÖRDERDATEN WIEDER VERÖFFENTLICHEN

Geht es nach EU-Agrarkommissar Ciolos, sollen in Zukunft Empfänger_innen von Agrarförderungen ab 2014 wieder namentlich im Internet bekannt gegeben werden. Der Europäische Gerichtshof hatte 2010 die namentliche Nennung von Privatpersonen untersagt. Deswegen dürfen zurzeit nur noch die Subventionen von Genossenschaften, Aktiengesellschaften und anderen juristischen Personen bekannt gegeben werden. Im Sinne der Transparenz sollen nun alle Förderempfänger_innen wieder einbezogen werden. Außerdem soll genauer erklärt werden, für welche Leistungen die Steuermittel fließen. Nur Kleinlandwirt_innen, die in der neuen Förderperiode eine Pauschalsumme bekommen, bleiben von der namentlichen Erwähnung ausgenommen. Der Vorschlag muss nun vom Europaparlament und den EU-Mitgliedstaaten beraten werden.

Quelle: aiz-info)

BÄUERLICHES PROTESTFRÜHSTÜCK

Am 19. September fand die Abschlussveranstaltung des „Good Food March“ mit einem Bäuer_innenfrühstück in Brüssel ihr Ende. Wochenlang radelten, wanderten und fuhren Menschen aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien und Holland Richtung Brüssel. Dort forderten sie eine echte und nachhaltige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). In Wien – wie auch in anderen europäischen Hauptstädten – gab es zeitgleich eine Veranstaltung: Vertreter_innen der Initiative „Wir haben es satt“, der auch die ÖBV angehört, frühstückten im innerstädtischen Votivpark Produkte aus biologischem Anbau. Viele Unterstützer_innen brachten nachhaltig produzierte Lebensmittel mit und forderten bei diesem gemeinsamen Frühstück eine neue Agrar- und Ernährungspolitik. Dass die Mainstream-Medien trotz Einladungen zahlreicher Organisationen die Aktion ignorierten, überraschte nach den Erfahrungen der vorhergehenden Monate niemanden mehr. red.

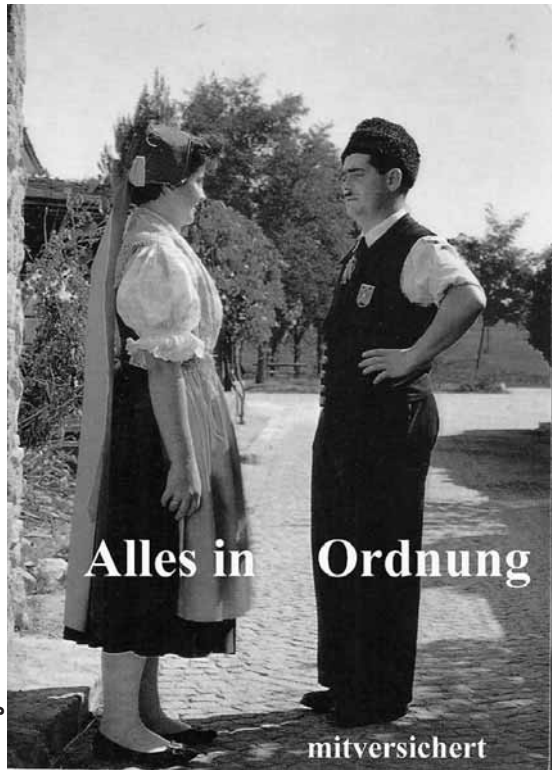
Fortsetzung S 17

„AM EINFACHSTEN WÄRE, SIE HEIRATEN“

SVB versichert nur Eheunfälle – SVB aktuell, Teil 1

Unlängst bin ich draufgekommen, dass ich zwar seit 14 Jahren Bäuerin bin – aber auf meinem eigenen Hof nicht unfallversichert! Wie konnte das passieren?

VON BARBARA HABLE



Montagen: Barbara Hable

Mein Lebensgefährte und ich besitzen den Hof gemeinsam, er ist hauptberuflich Bauer, ich Bäuerin im Nebenerwerb, das heißt kranken- und pensionsversichert bin ich durch meinen Nebenjob (Teilzeit natürlich).

Wie das halt so ist, als brave bäuerliche Familie ließen wir uns beim Sprechtag der Sozialversicherungsanstalt der Bauern auf der Landwirtschaftskammer beraten, wie das denn so sei mit der Versicherung. Herausgekommen ist dabei, dass es am besten wäre, wir heiraten (wegen der Pensionsversicherung). Und ansonsten wurde uns geraten, meine Betriebshälfte meinem Lebensgefährten zu verpachten, damit er über genug Einheitswert (insgesamt Euro 1744,15) verfügt, um kranken- und pensionspflichtversichert zu sein.

Dann haben wir uns mit dem Thema nicht weiter beschäftigt, heiraten wegen der Versicherung fanden wir sowieso unter unserer Würde.

In der Informationsbroschüre der SVB steht geschrieben:

„Der Beitrag zur bäuerlichen Unfallversicherung ist nicht pro Person, sondern nur einmal, nämlich für den Betrieb, zu bezahlen. Mit diesem Betriebsbeitrag sind im Unterschied zur Kranken- und Pensionsversicherung alle im Betrieb mittätigen Angehörigen durch die bäuerliche Unfallversicherung geschützt.“[1]

Klingt doch vertrauenserweckend, oder? Und: „Geschützt sind daher nicht nur der Betriebsführer selbst, sondern auch bestimmte Angehörige, allerdings nur dann, wenn sie im Betrieb zumindest fallweise mitarbeiten.“[2]

Da haben wir's: *Bestimmte* Angehörige. Wer ist denn *das*?? Beim genaueren Studium des Info-Materials fällt auf: LebensgefährtInnen gehören da nicht dazu. Darf das wirklich wahr sein?!

Dafür sind Ehepartner bzw. eingetragene Partner, Kinder, Enkel, Wahl- und Stiefkinder, Ehepartner bzw. eingetragene Partner des Kindes, Eltern, Großeltern, Wahl-, Stief-, Schwiegereltern und Geschwister geschützt. „Ein Mittätigsein im Betrieb setzt eine zumindest über mehrere Arbeitstage in einem Wirtschaftsjahr beabsichtigte Arbeitsverrichtung im Betrieb voraus. Es ist auch nicht notwendig, dass der mittätige Angehörige im gemeinsamen Haushalt des Betriebsführers lebt.“[3]

Alle, *alle* sind sie schutzwürdig, ob sie schon einmal zu Besuch waren oder nicht, sie können in Übersee wohnen, alles egal, Hauptsache verwandt. Und die SVB rühmt sich noch: „Mit der Neugestaltung des Unfallversicherungsrechts für Versicherungsfälle ab dem 1.1.1999 im BSVG wird auf das bäuerliche Umfeld Bedacht genommen und die Leistungen an die Bedürfnis-

1 Broschüre der SVB: Die bäuerliche Sozialversicherung im Überblick Stand Jänner 2012, S.28
2 Ebendort S.42
3 Broschüre der SVB: Bäuerliche Unfallversicherung Stand Juni 2012, S.7
4 Broschüre Bäuerliche Unfallversicherung, S.5

se dieser Berufsgruppe angepasst.“[4] 1999! Als ob es da noch keine mittätigen LebensgefährtInnen gegeben hätte.

Was tun?

Umgehend habe ich beim Info-Dienst der SVB angerufen mit der Frage: „Wie komme ich zu einer Unfallversicherung?“ und nebenbei: „Finden Sie das nicht auch arg und nicht mehr zeitgemäß?“ Zwei Berater stimmten mir bei der zweiten Frage zu und rieten mir bei der ersten, doch zu heiraten. Ich wurde an den dritten vermittelt, einen, der sich da genau auskennt.

Auswege und Umwege

Nach meiner Schilderung des Problems sagte er: „Also, am einfachsten wäre, sie heiraten.“ Dann versicherte er mir, dass es keine Möglichkeit gäbe, mich freiwillig gegen Unfall zu versichern.

Schließlich die Lösungsmöglichkeit: Ich verpachte meinem Lebensgefährten nur so viel, dass ein Einheitswert von mindestens Euro 150 bei mir verbleibt, dann bin ich unfallversichert.

Und dann verrät er mir noch einen Ausweg: Wenn ein bestimmter Angehöriger von mir einen Hof und damit eine bäuerliche Unfallversicherung hat, kann ich als bestimmte Angehörige von diesem auf meinem eigenen Hof Nachbarschaftshilfe geleistet haben, falls ein Unfall passiert sein sollte. Also bin ich bei meinem Bruder, der in einem anderen Bundesland wohnt, mitversichert und darf als dessen Anhängsel unfallversichert daheim Nachbarschaftshilfe leisten. Logisch, oder? Und dabei fühle ich mich dann so richtig als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft …

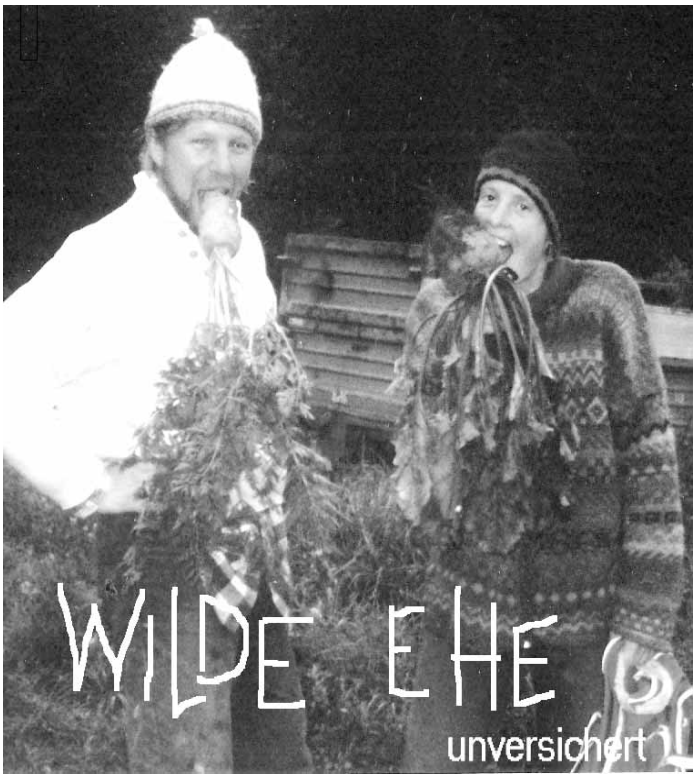


Foto: Barbara Hable

Jetzt frage ich mich: Bin ich die einzige Blöde, die das alles nicht wusste? (Nein! Es gibt schon zwei – bei einem befreundeten Paar war der Lebensgefährte genauso ahnungslos wie ich betroffen.) Wie viele Jungbäuerinnen, die (noch) nicht verheiratet sind, arbeiten auf eigenes Risiko in der Landwirtschaft?

Und ich stelle fest: Das BSVG muss schnellstens an die realen Lebensbedingungen angepasst werden und mittätige LebensgefährtInnen müssen automatisch auch unfallversichert sein!

Barbara Hable
Bergbäuerin in der Steiermark

Bäuerliche Unfallversicherung: Leistungen der bäuerlichen Unfallversicherung bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit

❑ **Unfallheilbehandlung**/medizinische Rehabilitation – vorgesehene Leistungen:
Ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Hilfsmittel, Pflege in Krankenanstalten bzw. Rehabilitationseinrichtungen. Wird so lange und so oft gewährt, als eine Besserung der Folgen des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit zu erwarten ist. Umfasst also Leistungen, die die Krankenversicherung nicht abdeckt.
Eine Einschränkung auf das Maß des Notwendigen, so wie in der Krankenversicherung, gibt es nicht. Auch Kostenbeteiligungen des Versicherten gibt es bei Leistungen aus der Unfallversicherung nicht (kein Selbstbehalt!).

❑ **Beistellung von Ersatzarbeitskräften** – Betriebshilfe

❑ **Berufliche und soziale Rehabilitation** mit Rehabilitationsberatung: Leistungen, die einer Wiedereingliederung des Versehrten in Beruf und Gesellschaft förderlich sind

❑ **Betriebsrente und Versehrtengeld**

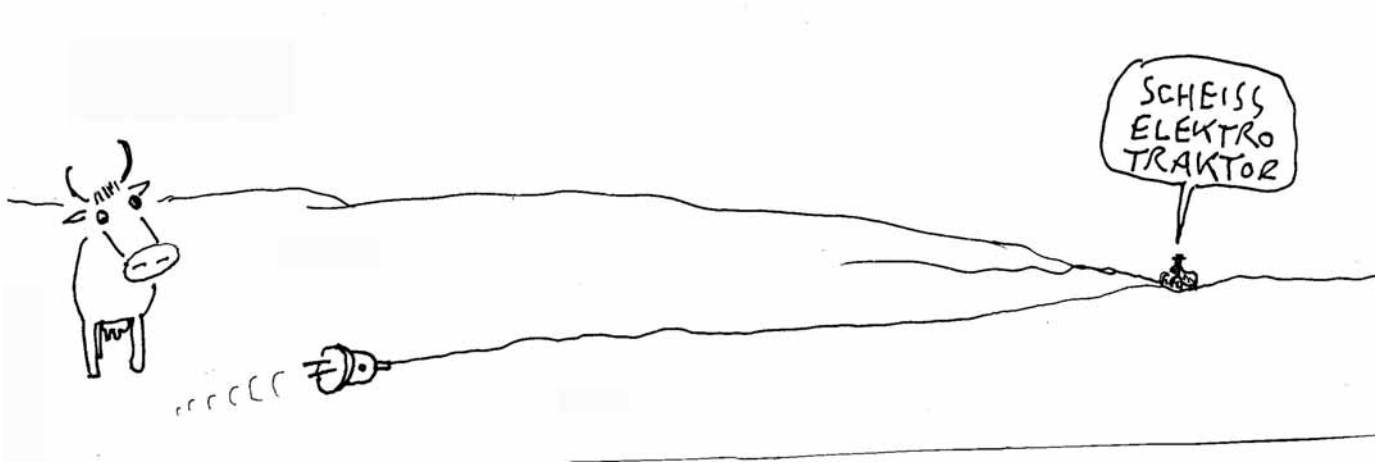
❑ **Hinterbliebenenrente** für Witwe, Witwer und Waisen und für hinterbliebene eingetragene PartnerInnen

❑ **Finanzielle Soforthilfe bei Todesfall**

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT (CSA) FÜR EUROPA

CSAforEurope – Initiativen aus acht europäischen Ländern lernen sich kennen.

VON RUDOLF HOHENEDER UND STEPHAN PABST



Kurz gesagt, CSA ist eine vertraglich geregelte Partnerschaft von ErzeugerInnen und vielen VerbraucherInnnen. Das Grundtvig Lebenslanges Lernen Projekt „CSAforEurope“ finanziert grenzüberschreitende Austauschreisen von BäuerInnen, AktivistInnen und KonsumentInnen. Ein weiterer Teil des Projektes ist, die gesammelten Erfahrungen, in Workshops weiter zu gegeben. Weiters soll eine Broschüre als Unterstützung zur Gründung einer neuen Initiative entstehen.

Wie kam es zu CSAforEurope?

Urgenci ist der Name einer internationalen Organisation mit Sitz in Frankreich, die CSA-Initiativen und Solidarlandwirtschaft von Japan über Europa bis Kanada vernetzt. Urgenci initiierte 2011 das Grundtvig-Projekt CSAforEurop mit Attac Austria als österreichische Partner-Organisation. Die anderen beteiligten Länderorganisationen sind in Frankreich, Deutschland, England, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Griechenland. Derzeit läuft ein umfassender Erfahrungsaustausch zwischen Bauern/Bäuerinnen und KonsumentInnen aus den teilnehmenden Nationen.

Was ist Solidarische Landwirtschaft?

Ein Ziel solidarischer Landwirtschaft ist es, den kleinbäuerlichen Strukturen der regionalen Lebenmittelversorgung eine Sicherheit zu bieten. Dabei rücken Konsumierende und Produzierende näher zusammen und werden zu Partnern. Die Bezeichnungen dafür sind unterschiedlich: Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) in Deutschland, Community Supported Agriculture (CSA) in USA und England, Vereinigung für die Erhaltung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (AMAP) in Frankreich … Die Ziele der verschiedenen Initiativen sind jedoch ähnlich, wenn auch die Umsetzung in jeder Region ein bisschen anders funktioniert.

Welche Chancen bieten sich in Österreich?

Zu Beginn des Austauschprojektes gab es gerade eine CSA-Initiative: Gela Ochsenherz. Dass diese Form der Landwirtschaft großes Potential hat, sehen wir am großen Interesse in Österreich. Allein im letzten Jahr sind zwei neue CSA-Initiativen entstanden, und es gibt zahlreiche Interessierte und engagierte BäuerInnen und KonsumentInnen, die am Aufbau von weiteren CSA-Initiativen arbeiten oder mitwirken wollen.

Wie geht’s weiter?

Derzeit – Oktober 2012 – sind die meisten Austauschreisen schon abgeschlossen. Berichte dieser Reisen werden auf den Internetseiten der Projektpartner veröffentlicht.

Bei den Bio-Austria Bauerntagen 2013 wird, im Rahmen des bio-dynamischen Tages, das Konzept vorgestellt. Gäste aus Frankreich und Deutschland stellen einen AMAP- und einen CSA-Hof vor. Wir werden auch im Zeitraum Jänner bis April 2013 Informations-Veranstaltungen in verschiedenen Regionen anbieten. Bei diesen Veranstaltungen berichten die TeilnehmerInnen der Austauschreisen über ihre Erfahrungen.

Hoheneder Rudolf
Stephan Pabst
Projektkoordinatoren

Wenn Sie Interesse haben, dass wir in Ihrer Region eine Info-Veranstaltung mit TeilnehmerInnen der Austauschreisen abhalten, kontaktieren Sie bitte:

Hoheneder Rudolf

E-Mail rudolf.hoheneder@gmx.at

Tel. 0043 650 20 51 708

Wenn Sie regelmäßig Informationen zu Themen solidarischer Landwirtschaft erhalten wollen, schicken Sie einfach ein mail an: csa4europe@attac.at

Weiterführende Informationen:

Von 10.–12. Oktober fand in Mailand ein Treffen aller CSA-Initiativen und anderer alternativer Verteilungsformen für Ernährungssouveränität in Europa statt.

Mehr Info unter

http://urgenci.net/page.php?niveau=1&id=EUROPEAN%20MEETING%20-%20MILAN%202012
Projektträgerin ist das internationale Urgenci-Netzwerk: http://urgenci.net/page.php?niveau=2&id=CSA%20for%20Europe!

Österreichische Projekt-Koordination
http://community.attac.at/9878.html

Initiativen in Österreich
http://www.ochsenherz.at/csa.html
http://www.gemuesefreude.at/
http://www.kleinefarm.org/

Wir arbeiten im Rahmen der Bewegung für Ernährungssouveränität an einer Neugestaltung der Lebensmittelverteilung: „Wir arbeiten auf eine Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung hin, indem wir vielfältige Märkte fördern, die auf Solidarität, gerechten Preisen, kurzen Versorgungsketten und einer Intensivierung der Beziehungen zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen basieren, […]

Wir wollen die Grundsteine dafür legen, dass Menschen ihre eigenen Versorgungssysteme für Nahrungsmittel entwickeln können und es dadurch Bäuerinnen und Bauern ermöglicht wird, Lebensmittel für ihre Gemeinschaften herzustellen und zu verarbeiten. Dies erfordert Regeln […] die kleinbäuerliche ProduzentInnen unterstützt. Wir werden sicherstellen, dass die Lebensmittel, die wir produzieren, allen Menschen innerhalb unserer Gesellschaft zugänglich sind; […]“

Auszug aus der Nyeleni-Deklaration von Krems, 21.8.2011

Dieses Projekt wird von der Europäischen Kommission gefördert. Dieses Dokument gibt die Sichtweise seiner AutorInnen wider, die Kommission kann nicht für die Verwendung der hier vermittelten Informationen verantwortlich gemacht werden.

kurz & bündig

irmi

WECHSEL AN SVB-SPITZE

Seit Anfang Oktober ist die Mostviertlerin Theresia Meier Obfrau der SVB. Meier ist „nebenbei“ Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer NÖ und Betriebsführerin eines 60 ha großen Rindermastbetriebes. In seiner Lobrede auf den nach 24 Jahren scheidenden Donabauer wiederholte Bauernbundobmann Auer die Behauptung, dass die SVB Vorkämpferin der Bäuerinnenpension war: „Besonders stolz könne man auf die 1992 eingeführte Bäuerinnenpension sein, die den Frauen in der Landwirtschaft sowohl Pension als auch Pflegegeldanspruch brachte.“ Auch Donabauer bezeichnete im Resumé seiner Amtszeit die Bäuerinnenpension als „besonderen Wurf.“ Die ÖBV-Frauen, die gemeinsam mit anderen Frauen vor 20 Jahren gegen den Widerstand der SVB und des Bauernbundes für die Bäuerinnenpension gekämpft haben, sind neugierig, ob sich die neue Obfrau in die Reihe der von Erinnerungslücken geplagten Bauernbundfunktionäre stellt. Immerhin erklärte sie in einem SVB-Porträt (vor 3 Jahren): „Vor allem setze ich mich auch dafür ein, dass die ‚weibliche Sichtweise’ am Betrieb deutlicher gesehen und akzeptiert wird“. Ob das auch für den SVB-Betrieb gilt? Näheres zur Geschichte der Bäuerinnenpenison übrigens auch in unserem Bäuerinnen-Block auf der ÖBV-Homepage!

Quellen: aiz-info,
SVB aktuell 4/2009

GAP: (FAST) ALLES SOLL BEIM ALTEN BLEIBEN …

Im Bestreben danach, die ungerechte Verteilung der Fördergelder möglichst lange beizubehalten, haben Minister Berlakovich, die VP-Agrarlandesräte und der Bauernbund ein „schönes“ Modell für die Regionalförderungen ausgeheckt. Auf den ersten Blick scheint es so, als bekämen Ackerbau- und Grünlandbetriebe nach Jahrzehnten der Ungleichbehandlung endlich gleiche Förderungen pro Hektar. Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail. Die Übergangsfristen sollen, geht es nach den Besitzstandswahrern, bis 2019 dauern. Und – noch viel schlimmer – die Prämien sollen 2014 nur um 10 % angeglichen werden, und im letzten Jahr der Übergangszeit, 2019, auch erst um 25 %! Im Klartext heißt das, dass Grünlandbäuer_innen auch fast 20 Jahre nach der Referenzzeit nur einen Bruchteil mehr bekommen werden. Mit „Planungssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern“ begründen die Agrarfunktionäre die Verlängerung des ungerechten Systems, möglichst geringe Brüche und einen sanften Übergang, eine „weiche Landung“ wollen sie anstreben. Und nicht genug der Katastrophen – für einschnittige Wiesen und Almen wird es sowieso nur 25 % der Prämie geben, noch dazu wird die Mutterkuhprämie abgeschafft. Dies als „Umverteilung der Betriebsprämien von intensiv wirtschaftenden Acker- und Grünlandbetrieben zu extensiveren Betriebsformen quer durch alle Regionen“ (so Berlakovich) zu feiern, ist gelinde gesagt unverschämt. Einziger Hoffnungsschimmer am Horizont: Details des nunmehr präsentierten Modells müssen noch mit der EU-Kommission verhandelt werden.

Quelle: aiz-info

DANONE MACHT MIT URBAN GARDENING PR

Unter der Schirmherrschaft von Danone gartelten Schülerinnen und Schüler einer Wiener Volksschule von Mai bis September im „FruchtZwerge Liliputgarten“, im Wiener Prater vor der Liliputbahn. Mittels Vorspiegelung falscher Tatsachen hatte die Prater GmbH, die Initiatorin des Projekts, einen gemeinnützigen Verein zur Mitarbeit bewogen. Die Gartenfläche in der Größe von 400 Quadratmetern wurde von der Liliputbahn gratis zur Verfügung gestellt. Laut Pressemeldungen hat Danone analog zum eigenen Motto „Mit FruchtZwerge natürlich ernähren und aufwachsen“ mit diesem Projekt „einen Prozess ins Leben gerufen, der Kinder für die nachhaltige Entwicklung von Pflanzen sensibilisieren soll und den Kreislauf der Natur auf spielerische Art und Weise näherbringt“. Während also die Universität für Bodenkultur junge Menschen, die Lebensmittel in der Stadt anbauen wollen, gewaltsam vertreibt und die Wiener Stadtregierung keine Anstalten macht, Urban Gardening-Initiativen substantiell zu unterstützen, haben Lebensmittelkonzerne wie Danone den „Hipness-Faktor“ vom Gärtnern in der Stadt längst erkannt. Was „FruchtZwerge“ mit „natürlich“ und dem „Kreislauf der Natur“ zu tun haben sollen, ist uns nicht bekannt; egal, für die PR von Danone ist die Zusammenarbeit mit Kindern unter einem grünen Mäntelchen sicher „nachhaltig“.

Quelle: vienna.at

GEMEINSCHAFTLICHE DIREKTVERMARKTUNG IM BÄUER_INNENLADEN

Zwei Gruppierungen von Bäuer_innen, die gemeinschaftlich Hofläden führen: zwei große Geschäfte mit viel Öffentlichkeitsarbeit in Frankreich und ein kleiner unscheinbarer Bioladen in Oberösterreich. Zwei unterschiedliche Projekte mit vielen Gemeinsamkeiten.

VON MONIKA THUSWALD

Foto: Monika Thuswald

Während eines Arbeitstreffens für das Forschungsprojekt „Foodlinks“ hatten wir die Gelegenheit, im französischen Rennes einen kollektiven Hofladen zu besuchen. Ich war recht beeindruckt davon, wie die 20 bäuerlichen Betriebe seit 20 Jahren ihre zwei gemeinsamen Geschäfte organisieren. Etwas später erzählte ich ganz begeistert einer Freundin aus Oberösterreich davon. Sie meinte: „Bei uns gibt's da auch so einen Bauernladen … ich glaub, das machen auch mehrere gemeinsam …“ Ich kannte aus dem Mühlviertel eher Beispiele von Bioläden, die zugesperrt haben, seit die Supermärkte auf die Bio-Schiene aufgesprungen sind. Neugierig geworden machten wir uns auf den Weg und ließen uns von zwei Mitbegründer_innen die Geschichte des gemeinschaftlichen Ladens erzählen.

s'BioEck in Pregarten (OÖ)

Seit 1995 gibt es in Pregarten einen gemeinschaftlichen Bäuer_innenladen. Ein sehr unscheinbares Lokal, keine 20 m² groß, kaum Werbung. Aber die Leute kommen regelmäßig, und das seit 17 Jahren. Die Info über den Laden hat sich – langsam, aber doch – herumgesprochen.

Geöffnet ist freitags und samstags. Es gibt Gemüse, Eier, Fleisch, Milchprodukte, Getreideprodukte, Saft etc. Der gemeinnützige Verein, der den Laden betreibt, wird derzeit von sieben Familien getragen.

Angefangen hat es Anfang der 90er Jahre mit der Gründung einer lokalen Arbeitsgruppe des Bioverbandes. Seither treffen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe alle ein bis zwei Monate, und daraus ist eine Gemeinschaft entstanden, die viele Früchte trägt. Anfangs fragte die Gemeinde bei der Arbeitsgruppe einige Male um Catering für Veranstaltungen an, und dann bekundete sie Interesse an einem Bäuer_innenladen. Die Biobäuer_innen, die meisten von ihnen im Nebenerwerb, waren sich einig, dass das, wenn überhaupt, nur Sinn hat, wenn viele mitmachen. 13 Familien, die meisten von ihnen im Nebenerwerb, beteiligten sich an der Vereinsgründung.

Ein Verkaufsraum im Ortszentrum wurde angemietet, mit viel Eigenarbeit renoviert und mit Selbstgebautem und gebrauchten Geräten ausgestattet. So kam der Verein mit einem sehr geringen Startkapital aus. Anfangs wurde eine Verkäuferin angestellt. Da sich das als zu teuer erwies, übernehmen seither drei bis vier Bäuer_innen im Wechsel den Verkauf. Das finanzielle Risiko für die Beteiligten ist relativ gering, weil die Investitionen so niedrig wie möglich gehalten wurden. Der Umsatz hält sich in Grenzen, aber das Geschäft läuft.

Brin d'Herbe in Rennes (Bretagne)

Im Vergleich zum Laden in Pregarten wirkt das Geschäftslokal südlich von Rennes riesig. Auf mehr als 100 m² findet man ein sehr großes Sortiment von frischen, trockenen und eingemachten Lebensmitteln. An den Wänden hängen große Fotoporträts von den Produzent_innen. Die Fleischtheke ist mehrere Meter lang – Fleisch macht auch 60 % des Umsatzes von Brin d'Herbe aus. Geöffnet ist drei Tage die Woche. Ein zweites Geschäftslokal befindet sich östlich der Stadt. Pro Woche besuchen knapp 1.000 Konsument_innen die zwei Läden. Brin d'Herbe hat sich bewusst dafür entschieden, ihre Geschäfte nicht im Stadtzentrum, sondern auf Mitgliedshöfen einige Kilometer außerhalb anzusiedeln, um den direkten Bezug zur Landwirtschaft zu betonen.

Die Bäuerin Sylvie führt uns durch das Geschäft. Sie und ihr Partner produzieren Äpfel, Apfelsaft und Cider. Sie verkaufen 10 % bis 20 % ihrer Produktion über die Geschäfte von Brin d'Herbe. Andere Höfe machen bis zu 90 % ihres Umsatzes über die zwei gemeinschaftlichen Läden; sie investieren auch mehr Zeit in die Organisation als Sylvie. Die Mitglieder sind in Arbeitsgruppen organisiert: z. B. einer für Handwerkliches und einer für Kommunikation. Alle Arbeiten für das Gemeinschaftsprojekt werden in einer Zeitbank registriert.

Zwei Drittel der Mitgliedsbetriebe sind biologisch zertifiziert. Brin d'Herbe wollte sich jedoch nicht auf zertifizierte Produkte beschränken, aber trotzdem für alle Produkte gewisse ethische Standards sicherstellen. Deshalb wendet Brin d'Herbe das externe Auditverfahren „NESO“ an: Die

Höfe werden im Sinne der „partizipativen Garantiesysteme“ von einer Gruppe von Produzent_innen und Konsument_innen besucht und bezüglich Ökologie, Regionalität, der energetischen und sozialen Aspekte befragt. Die Ergebnisse, gemeinsam mit Verbesserungsvorschlägen, werden auf Infoblättern präsentiert, die im Laden aufliegen und im Internet abrufbar sind. Das Audit wird alle drei bis vier Jahre wiederholt. Die zertifizierten Bio-Produkte haben grüne Preisschilder, alle anderen weiße.

Begonnen hat es mit einer Gruppe von 10 Bäuer_innen, die sich aus einem aktivistischen Umfeld kannten, und die zeigen wollten, dass man mit Direktvermarktung seinen Lebensunterhalt verdienen kann. In einem 18-monatigen Kurs von AFIP diskutierten sie verschiedene Ziele, Rechts- und Organisationsformen. 1992 gründeten sie eine „wirtschaftliche Interessensgemeinschaft“ und eröffneten das erste Geschäft. Die Region Rennes gewährte einen Investitionszuschuss. Nach und nach wurden für verschiedene rechtliche und organisatorische Herausforderungen Lösungen gefunden. Heute hat Brin d’Herbe 20 Mitgliedsbetriebe, die meisten davon im Vollerwerb, und fünf Angestellte. Der Gesamtumsatz beträgt 1,5 Mio Euro im Jahr. Brin d’Herbe will nicht weiter wachsen. Es ist gut so wie es ist.

Foto: Monika Thuswald

Ähnliche Organisationsformen

Sowohl im Bäuer_innenladen von Pregarten als auch in den Läden von Brin d’Herbe werden vor allem Produkte von den Mitgliedshöfen angeboten. Die Produzent_innen sind bis zum Kauf durch die Endverbraucher_innen für ihre Erzeugnisse verantwortlich, sie bestimmen selber den Preis, liefern eigenständig in den Laden und holen Überschüssiges wieder ab. Die Registrierkassen verbuchen automatisch, welche Lieferantin/welcher Lieferant wieviel Umsatz macht. Der Verkauf über das gemeinschaftliche Geschäft gilt rechtlich als Direktvermarktung, in Österreich heißt das juristisch „Erweiterter Hofladen“. Für den Verkauf im Laden wird auf alle Produkte eine Marge aufgeschlagen, mit der Kosten wie Miete, Strom, Gehälter etc. beglichen werden. Beim Bioeck sind es 25 %, Brin d’Herbe kommt mit einem Aufschlag von nur 9 % aus (hat allerdings auch den zig-fachen Umsatz vom Bioeck). Die Geschäftsräume sind gemietet, die Einrichtung gehört dem Verein bzw. der Interessensgemeinschaft.

Beide Organisationen kaufen zu einem geringen Anteil auch Produkte von anderen regionalen Produzent_innen (z. B. verarbeitete Getreideprodukte) und Fair-trade-Produkte (Kaffee, Schokolade) zu. Brin d’Herbe hat zu diesem Zweck, zusätzlich zur Interessensgemeinschaft, eine GmbH gegründet. Die Biobäuer_innen aus Pregarten sind an einem Gewerbeschein beteiligt.

Gemeinschaftliche Aktivitäten

Auch wenn die Größe und die Umsatzzahlen recht unterschiedlich sind, so haben die beiden Organisationen doch viele Ähnlichkeiten. Brin d’Herbe und s’Bioeck haben langsam angefangen und über viele Jahre hinweg ihre Organisationsstruktur immer wieder optimiert und angepasst. Jetzt nach zwei Jahrzehnten sind sie gut etabliert, und die Geschäfte laufen.

Es scheint, dass hinter beiden Geschäften eine gute Gemeinschaft von Bäuer_innen steht. Beide Gruppen haben sich nicht erst für die Geschäftsgründung kennengelernt, sondern ein Kern war schon davor gemeinsam aktiv. Seit vielen Jahren treffen sie sich alle ein bis zwei Monate, um sich abzusprechen und auszutauschen. Einige Mitgliedsbetriebe von Brin d’Herbe überlegen, gemeinsam einen Fleischverarbeitungsraum einzurichten. In Pregarten kommt neuerdings die Bio-Kontrollstelle mit neuen bürokratischen Auflagen daher, die den Zeitaufwand für das Betreiben des Ladens enorm erhöhen würden. Vorerst verweigern die Beteiligten den zusätzlichen Papierkram … Es bleibt zu hoffen, dass die Gemeinschaften auch bei den zukünftigen Herausforderungen den nötigen Rückhalt bieten. Und dass ihre Geschichten Inspiration für andere sind.

Monika Thuswald
arbeitet für die ÖBV im Forschungsprojekt „Foodlinks“

Mehr Infos: http://www.brindherbe35.fr

FRAUEN UND IHRE TRAGENDE ROLLE

Ein Bericht aus dem Leben der Bergbäuerinnen in Bolivien, Arque.
VON LUZIA WIBIRAL

Klein und gesund – die neuen Häuser, rechts mit Küchenanbau. Mit Gast Luzia Wibiral (Dritte von links)

Bolivien, Arque: 97 Dörfer auf mehreren Berghängen in den Anden. Anfahrtsweg durch ein Flussbett über staubige und steile Schotterstraßen, 1.500 Höhenmeter von 2.500 auf 4.000 hinauf. Vorbei an halb verfallenen Hütten, immer mit dem Blick über die zahlreichen Berghänge schweifend. Und manchmal auch ein wenig besorgt in die Tiefe blickend, denn dicht neben der schmalen „Straße“ geht es steil nach unten.

Mit einer Fläche von 1,1 Millionen km² ist Bolivien 13 Mal so groß wie Österreich, hat aber mit 10 Mio. nur unwesentlich mehr EinwohnerInnen als Österreich. Gut vorstellbar, dass es nicht einfach ist, auf einer derart riesigen Fläche eine gute Infrastruktur zu schaffen.

Ein hartes Leben

Auf unserem Weg zu den Bergdörfern treffen wir immer wieder Menschen, die weite Strecken zu Fuß bewältigen müssen, um ihr Feld zu bewirtschaften, Vieh zu hüten oder Wasser zu holen. Frauen haben hier eine besonders tragende Rolle – in mehrfachem Sinn. Ihr Leben hier oben in den Anden ist mühsam: ohne Strom und Wasser, die teilweise verfallenen Hütten voller Ungeziefer und Russ, die Felder hart und steil. Mit ihren Kindern am Rücken verbringen die Frauen den Tag voll harter Arbeit. Stundenlange Fußmärsche sind erforderlich, um Wasser vom Gebirgsbach zu holen.

Auch die Kinder haben hier wenig zu lachen: Der Russ aus den offenen Öfen im meist einzigen Raum macht sie krank, ebenso wie der ständige Hunger, der an ihren Körpern zehrt. Einsam und ohne Spielzeug wachsen sie in einem trostlosen Umfeld auf, in dem sie von einem Recht auf ausgewogene Ernährung und einer guten Ausbildung nur träumen können, obwohl die Kinderrechte in der Verfassung ihres Heimatlandes Bolivien verankert sind.

Diese Situation hat die Kindernothilfe 2010 „auf den Plan gerufen“. Gestützt auf den Kinderrechtsansatz sollten nachhaltige Veränderungen in die Wege geleitet werden, um die Zukunftschancen der Kinder deutlich zu verbessern. Schon bei meinem Projektbesuch im Juni 2012 konnte ich mich von den beeindruckenden Veränderungen in den vorerst 26 Projektgemeinden überzeugen. In diesen Dörfern gibt es erstmals in der Geschichte von Arque ausreichend Wasser: für den Alltag der Frauen eine enorme Erleichterung. Jetzt können sie sogar kleine Gemüsebeete anlegen, die der Familie und vor allem den Kindern vitaminreiche Nahrung ermöglichen.

Auch die neu errichteten Wawa Wasi sind eine besondere Errungenschaft. Wawa Wasi bedeutet Kinderhäuser in der Quechua-Sprache. Gemeint sind Kindergärten für jeweils 10 bis 30 Kinder, die hier täglich eine warme Mahlzeit bekommen und liebevoll gefördert werden, während die Mütter auf dem Feld arbeiten, kochen oder Lehmziegeln für die neuen Häuser zum Trocknen vorbereiten. Und es gibt erstmals Spielplätze, wo sich die Kleinsten austoben können. So etwas konnte man sich hier oben auf 4.000 m Höhe nicht einmal vorstellen.

Die Schulen nehmen eine zentrale Rolle in der Projektarbeit ein. Mit neuem didaktischen Material ausgestattet und durch Lehrerfortbildungen sowie Workshops für Eltern und Schüler bilden sie die Grundlage für einen besseren Bildungszugang. Auch hier sind die erreichten Veränderungen bereits deutlich erkennbar: Stolz präsentieren die Kinder ihre selbst angelegten Gemüsegärten, die Baumsetzlinge, mit denen sie ein Aufforstungsprogramm der Berghänge planen und auch den neuen Kräutergarten, in dem sie traditionelle Heilpflanzen anbauen.

Deutliche Erleichterungen

Besonders das Thema Kinderrechte aber auch ihre Pflichten beschäftigen die Mädchen und Buben sehr. Die einzelnen Themen wurden von den SchülerInnen auf Blätter geschrieben und als Blume auf die Tafel gesteckt. Die Kinderrechts-Blume fällt dann doch deutlich größer aus als die Kinderpflichten-Blume, – sie bekommt sieben Blütenblätter.

Durch einen selbst gebastelten Kinderrechtezug, Lieder und kurze Theaterstücke machen schon die Kleinsten auf ihre Grundbedürfnisse aufmerksam: Ausreichende und vor allem ausgewogene Ernährung wurde vielerorts bereits durch den Bau von Gemüsegärten ge-

Wenn der Wassertank hier gebaut ist, wird das Gesicht des/der Kleinen richtig sauber sein.

Schaukel auf dem neuen Kinderspielplatz

Auch die musikalischen Talente der Kleinsten werden gefördert

schaffen – das Wasser kommt aus den ebenfalls neu errichteten Tanks. Einige Häuser haben sogar einen eigenen Brunnen, der durch ein Bewässerungssystem aus den Wassertanks gespeist wird.

Die Wawa Wasi wurden unter Anleitung des Projektteams von den Familienvätern selbst gebaut. Mit dem angeeigneten Wissen konnten die Männer dann die eigenen Häuser schon selbst errichten.

Die Frauen haben eine besondere Rolle: Sie sind für den Zusammenhalt der Familien und die gesunde Entwicklung der Kinder zuständig. Das Leben der Bergbäuerinnen in den Anden wird auch in Zukunft voller Entbehrungen sein. Doch in den 26 Projektgemeinden wurden deutliche Erleichterungen für sie geschaffen, die ihren Kindern eine liebevolle Förderung und eine gesunde Entwicklung ermöglichen.

Luzia Wibiral ist Geschäftsführerin der Kindernothilfe Österreich, der Bericht stammt von ihrem Projektbesuch im Juni 2012

Russarmer Ofen – mit Abzugrohr an der Außenwand!

Frauen mit ihren Kindern auf dem Rücken

Eine Frau beim Vorbereiten der Ziegel

Alle Fotos: Kindernothilfe

In diesem Projekt warten noch 20 Kinder auf PatInnen – wir informieren Sie gerne. Tel. unter 01/513 93 30 oder unter http://www.kindernothilfe.at/kinderpatenschaft

Spenden für dieses Projekt erbitten wir auf unser Konto bei der PSK mit der Nummer 92144077 Kennwort „Arque 90046“ oder online https://www.kindernothilfe.at/online_spenden.html

MIR ISST ES RECHT!

Eine Aktion von FIAN in Kooperation mit Speiselokalen in Wien, Graz und Linz

„Mir isst es Recht“ ist das Motto der kreativen Spendenaktion von FIAN. In über 30 Lokalen in Wien, Graz und Linz werden zwischen Oktober und Dezember ausgewiesene Gerichte serviert, und ein Teil der Einnahmen kommt der unabhängigen Menschenrechtsarbeit von FIAN zu Gute.

2010 wurde „Mir isst es Recht“ ins Leben gerufen. Damals beteiligten sich knapp zehn Lokale an der Aktion. Dass sie von den Gästen gut angenommen wird, zeigt sich in den Zahlen von 2011: In über 20 Lokalen wurden mehr als 3.500 FIAN-Speisen verkauft.

Dieser Erfolg bestärkte uns, „Mir isst es Recht“ 2012 auch in anderen Bundesländern durchzuführen. Vom 16. Oktober (internationaler Welternährungstag) bis 10. Dezember (internationaler Tag der Menschenrechte) findet heuer die Aktion in über 30 Lokalen in Wien, Graz und Linz statt. Jeder Gast kann durch den Genuss einer der ausgewiesenen FIAN-Speisen den Einsatz der Organisation für das Menschenrecht auf Nahrung mit Euro 1,00 bis Euro 1,50 pro Speise unterstützen.

Der Erlös dieser Restaurant-Aktion wird unter anderem für Arbeiten zu Fällen (Eilaktionen, Fallbegleitung) wie zu folgendem aktuellen Fall verwendet:

1988 trat auf den Philippinen eine Agrarreform in Kraft. Dabei sollten Flächen ab fünf Hektar an Landlose verteilt werden. Auf der Zuckerrohrplantage Hacienta Luisita wurden anstelle der Landreform den 6.300 ArbeiterInnen Anteile am Unternehmen versprochen. Da die Anteile an den Gewinn der Firma gekoppelt wurden, welcher aber in Folge sank, waren die ArbeiterInnen weder ausreichend am Unternehmenserfolg beteiligt, noch wurde ihnen Land zum Anbau von Lebensmitteln angeboten.

2011 kam es zu einer Annullierung dieses Vorgehens durch den obersten Gerichtshof und zu einer Neuverteilung der Plantage im Sinne der ursprünglichen Agrarreform.

Im Rahmen der Eilaktion fordert FIAN von der philippinischen Regierung die Umsetzung der Entscheidung des Gerichtshofes, die Verteilung der Hacienda Luisita an die LandarbeiterInnen sowie die notwendige Unterstützung während und nach der Umverteilungsphase.

Die Liste der teilnehmenden Lokale finden Sie auf www.fian.at/mirisstesrecht. Sie freuen sich auf Ihren Besuch!

Guten Appetit!

FIAN
FOOD FIRST INFORMATION AND ACTION NETWORK

Leserbrief

Kaum zu glauben! Um 1 Milliarde Euro zu verbrauchen, müssten wir 27 Jahre lang täglich 100.000 Euro ausgeben!

Sorgen macht die jetzige Finanz- und Schuldenkrise – Österreichische Staatsschulden sind pro Kopf ca. 26.000 Euro.

Noch dramatischer wäre, trotz momentan übervoller Regale, eine Lebensmittel-Versorgungs- und Ernährungskrise. Seit Jahren verzeichnen wir einen Lebensmittel-Nutzbodenverlust in Österreich von täglich ca. 25 ha, in der EU einen von täglich ca. 270 ha – durch Verbauung, Straßen usw.

Eine Versorgungs- und Ernährungskrise, wenn unsere Importländer wegen Eigenbedarf oder durch außergewöhnliche Ereignisse, wie längeren Stromverlust, Streik, Erpressung, Missernten, Atomstrahlung usw., auch für Eiweißprodukte und Düngemittel die Ausfuhr stoppen.

Keine Versorgung der Einkaufsmärkte, kein Tanken! Die Getreide- und Vorrats-Krisenlager in Europa sind so knapp wie nie zuvor. Unsere eigene Selbstversorgung in Österreich im Krisenfall, wäre nur zu ca. 30 % möglich.

Auf unseren Bauernhöfen, werden bereits bis zu 90 % der Lebensmittel gekauft – kein Vorrat mehr!

Seit dem EU-Beitritt wurden in Österreich ca. 110.000 Bauernhöfe aufgelassen, und kein Ende in Sicht!

Lebensmittelsicherheit – man hat eben nicht über Nacht Kartoffeln oder anderes Gemüse im eigenen Garten oder in der Nachbarschaft.

Eine Hysterie und Ohnmacht, sowie kriminelle Ausschreitungen ungewohnten Ausmaßes wären die Folge einer solchen Situation. Die Einkaufsmärkte sind im Krisenfall innerhalb von Stunden leer gekauft, und viele würden ihren Bedarf nicht decken können. Heute und morgen sicher Essen zu haben oder zu bekommen, ist in Krisenzeiten wichtiger als Bankkonten und Lebensversicherungen!

Hoffentlich Utopie?! – Oder doch nicht! – Nachdenken und/oder Vorsorgen müssen wir selber.

Albert Brandstetter, 4452 Ternberg

ANDALUSIEN – LAND GEGEN KRISE

Am 4. März haben 500 Tagelöhner der Gewerkschaft SOC-SAT das 400 ha große Landgut Somonte in der Provinz Cordoba, die zur autonomen Region Andalusien gehört, besetzt. Diese Finca ist Teil einer Fläche von fast 20.000 ha Staatseigentum, das sich auf mehrere Ländereien in verschiedenen Provinzen aufteilt und das die Regierung beschlossen hat zu verkaufen. Mehr als 18.000 ha wurden bereits veräußert. Es bleiben nur ungefähr 1.200 ha, darunter die Finca Somonte, die am nächsten Tag versteigert werden sollte.

VON JEAN DUFLOT, ÜBERSETZT VON HEIKE SCHIEBECK

Ironie der Geschichte: Als die Sozialisten 1983 an der Macht waren, haben sie diese Latifundien mittels Enteignung und Entschädigung beschlagnahmt. Nun geben sie diese an Privatleute ab, im vorliegenden Fall an Spekulanten, die auf der Jagd nach agroindustriellem Glück und europäischen Subventionen sind.

Am 26. April im Morgengrauen haben Polizeieinheiten die BesetzerInnen der Finca delogiert. 30 Erwachsene und Kinder, die in einem kollektiven Schlaflager schliefen, das sie in einem der Wohngebäude eingerichtet hatten. Der Überfall der Guardia Civil fand fast gleichzeitig statt mit der Unterschrift unter das Regierungsübereinkommen zwischen PSOE und Izquierda Unida (Vereinigte Linke).

Am Freitag, den 27. April, haben etwa hundert Aktivisten aus den Provinzen Cordoba und Sevilla den Hof in der Nacht wieder besetzt. Ermutigt durch die vielen solidarischen Reaktionen hat das Besetzer-Kollektiv am 1. Mai ein Fest auf dem Gelände organisiert. Hunderte Gewerkschafter, Mitglieder von Vereinen und Sympathisanten sind auf den Hof gekommen, um den Tag der Arbeit zu feiern, der hier, weitab von ritualisierten Umzügen, seinen ursprünglichen Sinn wiedergefunden hat.

Im derzeitigen wirtschaftlichen Sumpf könnte diese Initiative in Erinnerung bleiben, insbesondere was die Zerschlagung der europäischen Landwirtschaft angeht. Eine Delegation des EBF ist aus Solidarität gekommen. Sie entdeckt den Alltag einer Handvoll Leute, die das System ausgeschieden hat. Am Ende eines Weges, der sich in Serpentinen durch ein Schachbrett von Getreidefeldern und steinigem Brachland zieht – das Land ist wegen der Dürre nur spärlich bewachsen – ein Weiler mit weiß-gekalkten Gebäuden, die uns in der Frühlingssonne blenden. Ringsherum, Richtung Palma del Rio, wie überall in dieser Glaziallandschaft mit Anschwemmungen und Moränen, endlose Pflanzungen von Zitrusfrüchten und Olivenbäumen, Manna des Überflusses der Großgrundbesitzer und agroindustrieller Firmen.

Über der Hofeinfahrt und auf einem Nebengebäude weht die Fahne des SOC. Zwei grüne, waagrechte Streifen begrenzen das Emblem der Gewerkschaft: rote Sonne und schwarze Sichel auf weißem Himmel. Zwei oder drei auf eine Mauer gesprühte Slogans fassen die Philosophie der Bewegung zusammen: „Tierra y Libertad"… „La Tierra a quien la trabaja"… „Revolución agraria" …

Ein Empfangskomitee erklärt uns, warum Monate der Krise sie dazu getrieben haben, eine neue Enklave der Rebellion zu wagen. Diese Frauen und Männer, die meisten von jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfen geprägt, haben einen gemeinsamen Nenner: die sich verschärfende Armut. Manche unter ihnen haben bereits wieder Hunger kennengelernt. Hunger, im Jahr 2012, in Andalusien, das vor Reichtümern überquillt, ein schwer zu verstehender Anachronismus … und dennoch …

Persönliche Schicksale

Zuleika aus Palma hat sich mit ihrem Freund und ihren zwei Kindern auf der Finca niedergelassen. Sie haben während Monaten verzweifelt nach Arbeit gesucht. Sie stehen abwechselnd im Morgengrauen auf, um ihre beiden „Erben" zur Schule zu bringen. Alle schlafen auf Steinfußböden in mehreren Räumen, die mit Matratzen und Schlafsäcken ausgestattet sind. Das ist nicht sehr bequem, aber immer noch besser als von einem Schlafplatz bei Freunden zum nächsten zu ziehen … Marimar und ihr Mann Eugenio sind an der Reihe mit der Küche. „Wir essen bescheiden, aber wir werden satt; Freunde und Sympathisanten aus dem Tal bringen uns Gemüse und ein bisschen Fleisch. Man hat uns 40 Hühner geschenkt, wir haben einen Hühnerstall gebaut und wollen viel Geflügel halten". Seit Monaten bezog Marimar schon kein Arbeitslosengeld mehr. In einem Halbjahr hatte Eugenio nur 30 Tage gearbeitet, mal hier, mal da. Also lief die Unterstützung durch das Programm PER (Plan für Arbeit am Land) aus, das bei 60 vertraglich nachgewiesenen Arbeitstagen im Jahr eine magere Beihilfe sichert. Sie waren mit der Miete mehrere Monate im Rückstand und liefen Gefahr, aus ihrer Wohnung in Posadas, einem kleinen benachbarten Marktflecken, hinausgeworfen zu werden. Am Ende des Winters, auf der Straße, mit ihrem 16-jährigen Sohn …

Im Gemüsegarten säen Männer und Frauen Beete ein und hätscheln die ersten Keime der zukünftigen Ernte (Paprika, Karotten, Zwiebeln, Erdäpfel, Artischocken, Spargel, …) Antonio umhüllt die Tomatenpflanzen mit Zeitungspapier, denn der Frost könnte noch mal zurückkehren. Auch er schloss sich als ehemaliger Tagelöhner der Aktion des SOC an, geschieden, mit einer 10-jährigen Tochter. Nach dem Verlust des PER hat er versucht sich umzuschulen: Zuerst hat er auf den Baustellen zur Verkabelung der Telekommunikation gearbeitet, danach, in der Zeit des Baubooms, selbst eine kleine Ziegelei geschaffen. Mit dem Platzen der Immobilienblase musste er Konkurs anmelden. Sein letzter Auftrag war die Erweiterung des Friedhofs von Posadas, wie symbolisch. Danach die demütigenden Monate ohne jegliches Einkommen. Sie vertreiben ihn nicht von hier, wiederholt er laut und deutlich mit einer typischen Redensart dieser Gegend: „ni con agua caliente ni con lejia" (weder mit heißem Wasser noch mit Seife).

Besetzung Somonte Foto: wordpress.com

Weiter weg, zwischen denen, die einen Hektar für die Paprikasorte „de piquillo“ vorbereiten, pflanzt Francisco eine Fahne am Rand eines Jatropha-Wäldchens. Er erklärt uns, dass diese exotischen Büsche und das Feld mit silbernen Disteln, das ihren Garten umrahmt, Versuchspflanzungen für die Herstellung von Biodiesel sind. Von dort aus kündigt ein Schild die Existenz einer „Biologischen Station“ an der Abzweigung des Erdweges an.

Francisco, 55 Jahre alt, war bei den ersten Besetzungen des Landgutes El Humoso in der Gemeinde Marinaleda dabei: Der Großgrundbesitz mit 18.000 ha gehörte dem Herzog Infantado Iñigo de Arteaga, einem der großen Gierschlünde nach andalusischem Boden, und der Herzogin von Alba.

Nach zehn Jahren Besetzungen/Vertreibungen, Prozessen, Verhaftungen, Geldstrafen und juristischen Einsprüchen sind die Tagelöhner des SOC 1986 siegreich aus dem Kräfteringen mit den Mächtigen hervorgegangen, die die beiden Dinosaurier der „Reconquista“ und des Franco-Regimes beschützt hatten. „Kommt nach Marinaleda! Ihr werdet sehen, was man erreichen kann, wenn man mit dem Rücken an der Wand kämpft.“

Zu Mittag gibt es ein einfaches Essen. Man sitzt auf den Treppenstufen vorm Haus oder um den großen Tisch im Gemeinschaftsraum. Draußen an der Feuerstelle mit dem Kessel stimmt Marco einen cante jondo an, den er selbst komponiert hat. Rauchige Stimme, Timbre Gitan, den Rythmus klatschen die ZuhörerInnen: „ La tierra por quien la trabaja/los jornaleros del campo/que en Somonte puñan en alto/ que de parados estamos hartos/ y de injusticia y engaño …“.

Träume statt Alpträume

Die AktivistInnen zeigen uns ein Video, das sie in den ersten Tagen der Besetzung gedreht haben. Francisco, Bauer ohne Land, Domingo, Juan, Tagelöhner, Consuela, Susana, Langzeitarbeitslose, alle haben sie unter der gleichen chronischen Unsicherheit gelitten, haben die gleichen sorgenvollen Hürdenläufe hinter sich: nur wenige Tage Arbeit, Jagd auf miserable Jobs, Hungerlöhne und das Auslaufen des Arbeitslosengeldes. Manche sind weggegangen in den Norden für die Apfelernte oder nach Frankreich für die Kirschen- oder Weinernte. In dieser neuen Familie, wo alle Entscheidungen in den täglichen Versammlungen getroffen werden (die Haushaltsaufgaben, das Kochen, die Gartenarbeit, die Instandsetzung des Hofes, der Empfang der BesucherInnen und sogar der Umgang mit Konflikten …), haben sie das Gefühl, ihre Einsamkeit zu vergessen und wieder Geschmack am richtigen Leben zu finden. Diese Frauen und Männer, die an dem Land hängen, das ihnen über Jahrzehnte der Leibeigenschaft genommen wurde, wollen andere Träume leben als die Alpträume, die das System ihnen bereit hält.

Aus Marinaleda sind Agraringenieure gekommen. Bei einem Rundgang erklären sie uns die Geologie der Landschaft. Die unterschiedlichen Böden der Finca würden eine spezifische Bearbeitung erfordern. Auf den 41 ha bewässerbarem Land möchten die BesetzerInnen Feldgemüse anbauen. In den Mulden der Verwerfungen, die auf den Kuppen Risse hervorrufen, begrenzen Büsche und Schilf ausgetrocknete Furchen. Sie weisen auf Grundwasservorkommen in tieferliegenden Schichten hin. Dafür spricht auch der freigeschaufelte und instandgesetzte Brunnen unterhalb des Hofes. In den nächsten Versammlungen werden sie diskutieren, wie sie die ausgetrockneten Böden fruchtbar machen können, dass sie die Steine aus den Feldern sammeln und zum Schutz der Kulturen wieder Hecken anpflanzen werden. Für später träumen sie davon, dieses Land, das einer Wüste gleicht und wo man mit Mühe nur hier und da einen Baum am Horizont ausmachen kann, zu bewalden. Die Erweiterung des kleinen Olivenhains, der den Hof umgibt, steht auf der Tagesordnung.

Die Kältewelle Mitte Februar hat zahlreiche Orangenplantagen im Tal des Guadalquivir vernichtet. Die Früchte sind unbrauchbar geworden, weiß vom Frost übersäen sie die Felder oder verfaulen noch an den Bäumen hängend. Auf die Zerstörung von 100 Millionen Kilo Orangen folgte der Verlust von 215.000 Erntetagen, 90.000 in den Subunternehmen. Der Preis für ein Kilo Tafelorangen sank auf 0,11 bis 0,18 Cent, der für „Industrie“-Orangen auf ca. 0,08 Cent. Eine derartige Katastrophe verschärft die missliche Lage der Tagelöhner, die durch die Mechanisierung der Handarbeit schon schwierig genug ist.

Diego Cañamero, der Generalsekretär des SOC, erklärt: „90 % der spanischen Baumwolle wird in Andalusien produziert. Hier gibt es keine einzige Textilfabrik. Alles wird nach Katalonien geschickt … 40.000 ha Orangen zwischen Doñana und den Ebenen von Cordoba und nicht eine einzige Fabrik, die Fruchtsaft herstellt … die Tomaten … alles wird nach Murcia transportiert. In Andalusien gibt es überhaupt keine verarbeitende Industrie.“ Und diese „Koloniale Situation“ zusammen mit den feudalen Strukturen motiviert den unbeugsamen Kampf, den die Gewerkschaft seit 1976 führt. „60 % der fruchtbarsten Böden Spaniens gehören 2.500 Familien, die weniger als 2 % der Bevölkerung ausmachen … 80 % der Subventionen (6.500 Millionen Euro) wurden an 20 % der Grundbesitzer und ihre Komplizen in der Agroindustrie vergeben“.

Das selbstverwaltete Projekt Somonte versteht sich in diesem Zusammenhang. „Diese Finca wird das neue Marinaleda“, versichert Lola Alvarez, „wir werden zeigen, dass wir vom Land leben können, wie dort, wo alle Arbeit haben.“

Jean Duflot, EBF

www.sindicatoandaluz.org somontepalpueblo@gmail.com

ÖBV-*Info/Veranstaltungen*

SELBSTBEWUSST BÄUERIN BÄUERINNENSEMINAR

Zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Ansprüchen

Sa, 3. November, 10:00 bis So, 4. November 2012, 15:00

Biobauernhof Hamedl
7535 Deutsch Tschantschendorf 26
03327-8679

Was macht eine richtige Bäuerin aus? Bin ich eine richtige Bäuerin?

Eine Bäuerin, das ist eine Frau, die frei entscheiden kann, was sie macht und wann sie das macht. Sie arbeitet in der freien Natur und kann leicht Kind/er, Beruf und Haushalt unter einen Hut bringen. So stellen sich das viele vor. Dann gibt es noch die Bäuerin im Hamsterrad, die nicht weiß, wie sie den vielen Anforderungen entsprechen kann, weil alle etwas von ihr erwarten: der Mann, die Schwiegereltern, die Kinder, das restliche Dorf, die Gesellschaft und nicht zuletzt sie selbst.

Referentin Susanne Fischer wird uns bei diesem zweitägigen Seminar begleiten, wenn wir unser eigenes Bild vom Bäuerinnen-Sein auszugraben versuchen und nachfühlen, wo in der Skala zwischen „freier Bäuerin“ und „Burnout“ wir uns finden.

Referentin: Susanne Fischer, Dipl. Sozial- und Lebensberaterin, Mitarbeiterin beim Bäuerlichen Sorgentelefon

Kosten: 20 Euro Teilnahmegebühr
60 Euro Verpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer

Anmeldung: bis 25. Oktober 2012 im ÖBV-Büro unter 01-89 29 400 oder baeuerliche.zukunft@chello.at

DIREKTVERMARKTERiNNENTREFFEN

Mo, 19. November 2012, 10:00 bis 16:00

ÖBV-Büro
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Die ÖBV-Arbeitsgruppe zum Thema Direktvermarktung beschäftigt sich mit aktuellen Fragen zu Hygieneauflagen, Sozialversicherungsfragen und Kontrollpflichten in der bäuerlichen Direktvermarktung. Die Gruppe bespricht Verbesserungsvorschläge und Strategien zu deren Umsetzung und trifft sich regelmäßig. Alle interessierten DirektvermarkterInnen sind herzlich dazu eingeladen! Anmeldung bitte unter

01-8929400 oder
baeuerliche.zukunft@chello.at

DIE ÖBV-BÄUERINNEN EROBERN BRÜSSEL!

Von Mi, 28. bis Fr, 30. November 2012

… reist eine Gruppe von ÖBV-Bäuerinnen nach Brüssel, um mit politischen EntscheidungsträgerInnen, BeamtInnen und ExpertInnen die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu diskutieren. Vor allem die Auswirkungen der Reform auf die Klein- und Bergbäuerinnen werden im Zentrum der Gespräche stehen. Die Gruppe wird auch das Europäische Parlament besichtigen und das Via Campesina-Koordinationsbüro besuchen.

Zu Redaktionsschluss gibt es noch freie Plätze. Politisch engagierte und reisefreudige Bäuerinnen melden sich bitte möglichst rasch im ÖBV-Büro.

LESEN IN DA STUBN

Theresia Oblasser, Bergbäuerin aus Taxenbach liest Geschichten und Texte aus ihren Büchern
Di, 4. Dezember 2012, 20:00

in der Stube von Annemarie und Gust Steyrl
Lanzersdorf 1, 4500 Rohrbach

Theresia Oblasser wuchs mit ihren sieben Brüdern am Grainsberghof in Taxenbach, Land Salzburg auf und war von 1965 bis 2001 selbst Bergbäuerin in der Nähe ihres Elternhauses. Das Lesen eröffnete ihr von Kindheit an eine Welt neben der Alltagswelt. Mit 43 Jahren begann sie selbst zu schreiben und hinterfragte kritisch Rollenbilder, Mehrgenerationenfamilie, Kirche sowie gesellschaftspolitische Ereignisse. Sie veröffentlichte ihre Beiträge, Geschichten und Gedichte bald in der Zeitung der ÖBV, sowie in anderen Zeitschriften, Kalendern, Anthologien und eigenen Büchern. Von 1987 bis 2001 arbeitete Theresia Oblasser aktiv im Frauenarbeitskreis der ÖBV mit.

HÖFE NEU BELEBEN

Präsentation der Studie durch die Verfasserin DI Andrea Heistinger und Diskussion
Do, 13. Dezember 2012, 17:30

Universität für Bodenkultur, EG03
im Simonyhaus, Peter Jordan-Straße 65,
1180 Wien

Im Lebenszyklus eines jeden Familienbetriebs stellt sich irgendwann die Frage nach der Übergabe des Hofes. Wenn sich keine HoferbInnen innerhalb der Familie finden, steht auch die Möglichkeit einer Hofübergabe an Personen außerhalb der Familie zur Verfügung, z. B. auf Leibrente. Diese Form der Hofübergabe stellt oft eine (noch) größere emotionale Herausforderung dar als die Übergabe an die eigenen Kinder. Andererseits besteht mit der Übergabe an familienfremde Personen, in welcher Form auch immer, die Möglichkeit, den Hof als Hof zu erhalten. Die Studie befasst sich mit neuen und alten Formen der Hofübergabe und analysiert, welche Unterstützungsleistungen und -strukturen für eine Hofübergabe außerhalb der Familie nötig sind.

JEDER MENSCH – EIN EIGENES UNIVERSUM?

Einbruch des Wirtschaftswachstums, Bankenkrise, Höfesterben – altbekannt. Arme werden ärmer, Reiche werden reicher – altbekannt. Hagelstürme, Dürreperioden, Hungersnöte, Klimawandel – auch altbekannt. Die Bandbreite dessen, wie wir Menschen mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen umgehen, ist groß. Sie reicht vom Ignorieren über den Traum einer hochtechnisierten Welt bis hin zum Abwinken, dass man als „Kleiner" nichts ändern könne.

VON MONIKA GRUBER

Wenn ich die Zeitung aufschlage oder Nachrichten höre, neige ich dazu, einem Zitat von Bob Marley Glauben zu schenken. Der Sänger und Gittarist aus Jamaika meinte: Jeder Mensch ist ein eigenes Universum. Angesichts all der Kriegstreibereien, der Gefräßigkeit von Heuschrecken, der Raubzüge von Investmentbanken, der zügellosen Ausbeutung unseres Planeten und von Landgrabbing, könnte Marleys Zitat den Nagel auf den Kopf treffen. Da werden auch noch im Jahr 2012 Arbeitende als Sklaven gehalten und in Fabriken eingesperrt, Kinder und Frauen vergewaltigt, Tiere zur Massenproduktion missbraucht, unerwünschte BewohnerInnen vertrieben und ihre Dörfer niedergebrannt, zehntausende Obdachlose aus ihren ohnehin spärlichen Wald-Behausungen vertrieben, Verschuldete aus ihren Wohnungen geschmissen, Arme noch ärmer gemacht und Reiche noch reicher. Nach dem Motto einer Elite: Hier bin ich und alles gehört mir. Mir allein. Und uneingeschränkt.

Den Planeten mit Müll überhäufen und Boden und Wasser auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte vergiften, das scheint für den herrschenden Teil der Menschheit normal zu sein. Und, kaum bemerkt, gehen Tag für Tag Tonnen fruchtbarer Erde verloren. Jene dünne Erdschicht, die viel mehr hervorbringt als nur Kaffeebohnen, Bananen, unsere geliebten Kaisersemmeln oder den saftigen Schweinsbraten. Ohne fruchtbaren Erdboden – kein fruchtbares Leben, auch wenn man uns mit Gurken und Tomaten, die mit Infusionslösungen am Tropf hängend hochgepäppelt werden, etwas anderes weismachen will. Wie die Menschen auf den Verlust von Boden, das Artensterben oder den Klimawandel und ökologische Herausforderungen reagieren, ist so unterschiedlich, dass es aussieht, als lebe jeder Mensch tatsächlich auf einem eigenen Planeten:

Klimawandel? Ökologische Herausforderungen? Davon halten sie sowieso nichts, sagen die einen. Rasend schnell dahin schmelzende Gletscher oder das Auftauen der Permafrostböden sind ihrer Ansicht nach keine Argumente, die zum Handeln zwingen. Alles sei nur Gerede von alternden Wissenschaftlern, die von ihren Ängsten getrieben zu sein scheinen.

Andere wiederum sehen die Katastrophe längst schon über die Erde rollen. Sie wollen bald in eine sichere Gegend auswandern. Am besten nach Russland – bevorzugt in eine Gegend mit ungezähmter Natur und sich dort von den Samen von Zedernzapfen ernähren, wie sie sagen. Vorher noch schnell ein einträgliches Onlinegeschäft mit Räucherwaren und Zedernprodukten aus den unbelasteten Gegenden Russlands aufbauen – für diejenigen, die es sich nicht leisten können auszuwandern.

Amerikaner sind auf die Idee gekommen, die Eisberge zu sprengen und ins Meer zu werfen. Damit soll das sich erwärmende Klima wieder auf ein gewohntes und erträgliches Maß abgekühlt werden, ähnlich wie der Oberkellner an heißen Sommertagen Eiswürfeln ins Getränk wirft.

Bei einer Zukunftstagung, die übrigens überwiegend von Männern besucht ist, höre ich, wie eine ausgeklügelte Technik als Lösung für aktuelle ökologische Fragen beschworen wird. Elektronik, Geräte und Landtechnik, alle mit ausgeklügelten Funktionen, um effizient und somit sparsam zu arbeiten. Elektronische Steuerungsprogramme für Sepp und Gerti hinterm Lenkrad ihres Traktors, die nach dem Füttern mit Daten maßgeschneiderte Lösungen ausspucken – und Bauern und Bäuerinnen das Selberdenken ersparen sollen.

Bei einer Zukunftstagung, die überwiegend von Frauen besucht ist, höre ich, wie eine menschliche und soziale Welt als Lösungsstrategie begrüßt wird. Es geht dabei um bäuerliche und ökologische Landbewirtschaftung, regionale und lokale Märkte, bäuerlichen Saatguthandel, langlebige gesunde Materialien, solidarisch handeln …

Aus dieser weiblichen Sicht heraus betrachtet, kann ich Ihnen dazu das Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft" empfehlen, das ganz einfach zu bestellen ist:

baeuerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 58 11 327-17
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG
Heidi Ammerer
5611 Großarl 51
Tel.: 0664-2396224
pfandlinghof@aon.at

BURGENLAND
Monika Kleinschuster
Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining
Tel.: 03355-2092 bzw. 0688-8211722
monikakleinschuster@aon.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 204, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at

OBERÖSTERREICH
Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsdorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

KÄRNTEN
Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

VORARLBERG
Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL
Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

STEIERMARK
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

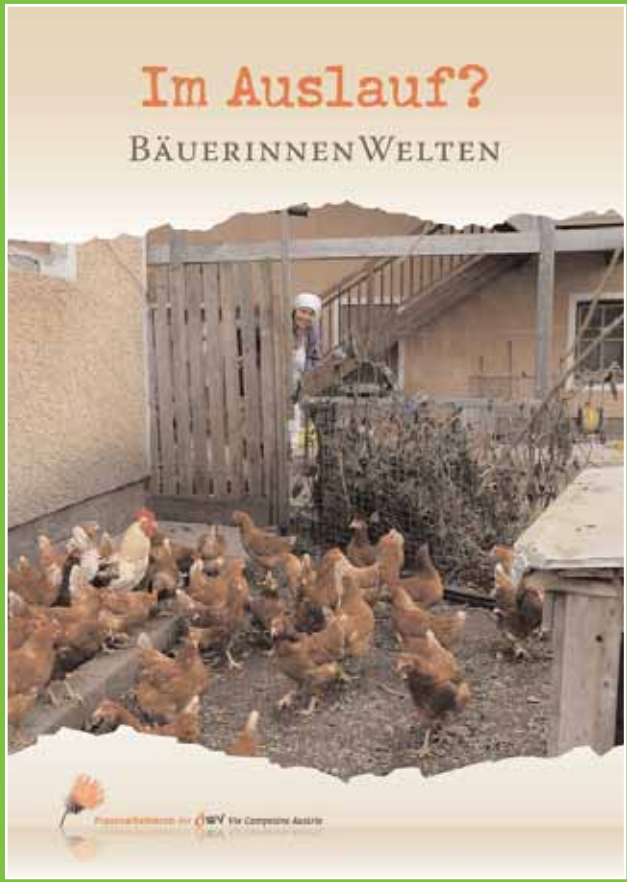
ÖBV-*Info*

Die ÖBV-Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“

… lässt sich wunderbar verschenken. Ein Geschenkabo inkl. einer aktuellen Zeitungsausgabe für die Geschenkübergabe können Sie bestellen unter 01-89 29 400 oder baeuerliche.zukunft@chello.at
Das Abo kostet 25 Euro pro Jahr (29 Euro im Ausland)

Den immerwährenden Bäuerinnenkalender „Im Auslauf? BäuerinnenWelten“

… mit Fotos und Texten zum Leben von Bäuerinnen in Österreich und anderswo gibt es bis Ende des Jahres zum Vorzugspreis von 5 Euro/Stk und ab 3 Stück um 4 Euro/Stk. Zu bestellen unter 01-89 29 400 oder baeuerliche.zukunft@chello.at



Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M